

# Volksrecht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Verlagspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Bluckrode 4/5 durch die Abteilungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. 6 und Friedrichstr. 105, Wratzlaw 105, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Einzelnummernpreis im voraus zu entrichten monatlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rml. + 30 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rml. Dazu die Post einfl. Zustellungsgebühren 2,66 Rml.

## Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21250  
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau  
Unserlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 1000 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Waren-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bluckrode 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Der Fried-Standal in Thüringen

## Ein kräftiges Warnungssignal Severings - Reichsregulative in Thüringen?

**Severing greift durch**  
Berlin, 19. März.  
Dem Reichsminister des Innern Severing III, wie wir vorläufiger Stelle erfahren, folgender Brief an das Thüringische Staatsministerium in Weimar gerichtet worden:  
„Auf mein Schreiben vom 17. Februar dieses Jahres habe ich heute eine Antwort nicht erhalten. Dagegen hat nach dem unabweisbaren Zeitungswortlaut das Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums, Herr Minister Fried, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne.“  
Diese Haltung des Herrn Staatsministers Fried hat mich anlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums Anweisung dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben - auf die ich keineswegs „warte“ - eingegangen ist. Gleichzeitig die zuständigen Stellen meines Ministeriums angewiesen, alle Überweisungen aus Fondsmitteln des Reichsministeriums an Thüringen einzustellen. Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß mit Nachsicht zugegangen, die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeibeamte von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums vorliegen. Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Zulassungen anzuweisen, wenn nicht vom Thüringischen Staatsministerium der blühende Beweis dafür erbracht werden kann, von ihm die Grundzüge für die Gewährung des Reichszuschusses in vollem Umfange beachtet werden.“  
gez. Severing.  
Berlin, 19. März.

Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. Die sind fast alle verheiratet. Haben Sie niemand in den Kreisen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms?  
Dr. (ausweichend): Das kann ich im Augenblick nicht sagen.  
Dr. J.: Es ist aber unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmler finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere beim Minister Fried persönlich für Sie verwenden. Selbstverständlich müssen es Leute von Namen sein, wie zum Beispiel Abgeordnete, Stahlhelmführer und dergleichen. Minister Fried hat erklärt, daß er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe. Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt und die Offiziersvereinigungen Ihres früheren Regiments habe Sie auch ausgeschlossen. Auch glaube man, daß Sie sich im Felde eine Ihrer Verwundungen selbst beigebracht hätten. Sie müssen unbedingt Zeugen vom Stahlhelm, möglichst Männer mit dem Pour le merite oder sonstige als besonders tapfere Frontsoldaten bekannte Persönlichkeiten bringen, die Ihnen das Zeugnis ausstellen, daß Sie im Kriege nicht nur Ihre Pflicht getan haben, sondern darüber hinaus ein ganz besonders hervorragender Held und Draufgänger gewesen sind. Haben Sie Kriegsauszeichnungen?  
Dr. J.: Ich besitze das E.R. I und II und das silberne Verdienstkreuz für dreimalige Verwendung.  
Dr. J.: Und nun noch etwas anderes. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Börling steht. Obwohl er infolge Verletzung der Altersgrenze nicht pensioniert werden dürfte, soll er wegen seiner besonderen politischen Zuverlässigkeit auf einem besonderen Posten Verwendung finden. Wie stehen Sie mit Ihrem Bruder?  
Dr. (ausweichend): Familiär stehe ich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl seine Privatangelegenheit sein.  
Dr. J.: Sie haben noch eine verheiratete Schwester in Jena. Welche politische Einstellung hat Ihr Schwager?  
Dr. (ausweichend): Das weiß ich nicht.  
Dr. J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrecht erhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stoßen. Werden Sie zurückweichen, daß Nationalsozialisten und Stahlhelmler sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Fried einsetzen, dann will ich Ihnen die Polizeikommissarstelle geben.  
Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putz der Hakenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putzschiffen gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat. Wir fragen: Wird der Oberreichsanwalt unverzüglich Schritte gegen den Oberbürgermeister Dr. Janzon von Eisenach ergreifen? Wird er ihn verhaften lassen? Wird der Oberreichsanwalt ferner in gleicher Weise gegen den Minister des Innern von Thüringen Dr. Fried einschreiten, der ungewisshaft die Handlungsweise des Herrn Janzon beeinflusst hat?  
Darüber hinaus fragen wir: Wird der Reichsminister des Innern aus diesem Vorfall Konsequenzen gegenüber dem Thüringischen Innenminister ziehen? Was gedenkt er gegenüber der Landeshauptstadt in Thüringen von Amtsstellen ganz offenkundig Vorbereitung zum Hochverrat gegen die Reichsverfassung getroffen wird?

**Urteil eines Volksparteilers über Fried**  
Weimar, 19. März. (Eig. Drahtb.)  
Im Thüringischen Landtag äußerte sich der Putzschiff Fried am Mittwoch in dem bei ihm üblichen Tone über die Thüringische Finanz- und Wirtschaft in den letzten Jahren. Der volksparteiliche Abgeordnete Knudde war über die Behauptungen Frieds so erregt, daß er zu Finanzminister Baum wörtlich äußerte:  
„Wenn die Schweinerei nicht endlich aufhört, dann ist Schluss. Ist denn der (Fried) noch Minister oder was ist denn überhaupt los? Das hört jetzt endlich auf, das machen wir nicht mehr weiter mit. Das ist ja geradezu hahnebüchen, was sich dieser Mann (gemeint ist Fried) erlaubt.“  
Hat die Volkspartei in Thüringen wirklich bisher nicht gewußt, daß der von ihr gestützte Putzschiff Fried für den § 31 schon seit Jahren reif ist?

**Nationalsozialistischer Staatsrat und Landtagsvizepräsident vom deutschnationalen Präsidenten wegen Mißbelei aus der Sitzung verwiesen**  
Weimar, 19. März. (Eig. Drahtb.)  
Der nationalsozialistische Vizepräsident des Thüringischen Landtages, Mascher, wurde am Mittwoch von dem Präsidenten des Landtages, dem Landtagsmitglied und Rittergutsbesitzer Kammerherr v. Thimmel nach drei Ordnungsrufen wegen fleckhaften Benehmens aus dem Saal verwiesen. Mascher gehörte der Thüringischen Regierung als Staatsratsmitglied an. Sein Benehmen in der Mittwochssitzung des Landtages war so rüpelhaft und gemein, daß sich der Landtagspräsident nicht anders zu helfen mußte, als das Regierungsmittel und den Vizepräsidenten auszuschließen.  
Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es anlässlich der Beratung eines kommunistischen Antrages gegen das Republikanische noch zu einem heftigen Zwischenfall. Die Kommunisten und Nationalsozialisten beschimpften sich gegenseitig als Wölbeparteien. Als dann ein Nationalsozialist einem sozialdemokratischen Abgeordneten vorwarf, nicht im Kriege gewesen zu sein, fiel von sozialdemokratischer Seite der Zwischenruf, daß der Putzschiff Fried während des ganzen Krieges „Heimkrieg“ gespielt habe. Der Putzschiff erwiderte: „Ich war während des Krieges dort, wo mich mein bayrischer König hingestellt hat!“  
Diesem Zwischenruf folgte zum Entsetzen des Herrn Fried minutenlanges Heiterkeit im ganzen Hause.

**Der Anlaß zur Sperrung der Polizeimittel**  
Wir veröffentlichen nachfolgend eine Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach, Janzon, und dem Polizeikommissar anwärter M. nimmt zuerst an dem Lehrgang für Polizeikommissar anwärter der Gemeindepolizei auf preussischen Polizeischule Eisenach teil. Er ist im September 1920 aus der Schutzpolizei Berlin ausgeschieden, um Referententposten in der Außenhandelskontrolle zu übernehmen. Nach verschiedenen Fehlschlägen suchte er, wieder in eine Beamtenstelle zu gelangen. Vom Thüringischen Ministerium des Innern wurde er am 1. 7. 1929 bei der Polizeiverwaltung der Stadt Jena in informatorischen Beschäftigung überwiesen mit der Aussicht, als Polizeikommissar der Stadt Eisenach bestellt zu werden, und dann zur Teilnahme an dem Lehrgang für Polizeikommissar anwärter der Gemeindepolizei kommandiert. Eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die gute ein sehr günstiges Zeugnis über M. Darauf erfolgte am 1. März die Einberufung M. als Polizeikommissar a. P. zum 1. April 1930 nach Eisenach.  
Am 16. März wurde M. - der jetzt auf der Polizeischule ist - zum Oberbürgermeister Dr. Janzon in Eisenach nach dem Hotel „Eggenhorst“ in Berlin bestellt. Diese Unterredung zwischen Dr. Janzon und M. hat folgenden Verlauf genommen:

**Protest der Schuldirektoren gegen Fried**  
Weimar, 19. März. (Eigener Drahtbericht.)  
Die ministerielle Tätigkeit des Putzschiffen Fried köst in allen Schichten der Thüringischen Bevölkerung mehr und mehr auf Widerstand. An der Spitze dieser Widerstandsaktion marschiert zunächst die höhere thüringische Lehrerschaft, die sich fast ausschließlich aus rechts eingestellten Persönlichkeiten zusammensetzt. Am Mittwoch sind zunächst die Weimarer Schuldirektoren mit einer Erklärung gegen die Regierungsmethoden des Putzschiffen Fried vor die Öffentlichkeit getreten, die auch innerhalb der Regierungsparteien einen außerordentlich starken Eindruck gemacht haben soll. Die Direktoren wenden sich vor allem gegen die Beteiligung von Schülern an rechtsradikalen Straßenumgebungen und beziehen sich in erster Linie auf eine Rundgebung der Hitler-Jugend gegen den Young-Plan am vergangenen Sonntag in Weimar. Wörtlich heißt es dann in der Erklärung weiter:  
„Der Aufruf zu der Rundgebung war mit an erster Stelle von der Hitler-Jugend und dem Nationalsozialistischen Studentenbund, also ausgesprochen parteipolitischen Organisationen, unterschrieben. Da § 26 Absatz 1 der staatlichen Schulordnung die Teilnahme an Veranstaltungen parteipolitischer Vereinigungen ausdrücklich nur den wahlberechtigten Schülern gestattet, hatten wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, unsere Schüler vor der Beteiligung der von Volksbildungsministerium erst kürzlich wieder als rechtskräftig anerkannten Bestimmungen des § 26 Absatz 1 zu behüten.“  
Wir haben uns aber zu unserem Verbot um so mehr verpflichtet gesehen, als sich bereits jetzt gezeigt hat, daß durch die Nichtbeachtung des § 26 Absatz 1 uns das dadurch bedingte Eindringen des Parteigeistes in die Schule deren Befähigung gelodert, die Schulzucht gefährdet, den Schülern der Sinn für ihre nächste Aufgabe, die Fähigkeit freier geistiger Arbeit, genommen wird.“  
An anderer Stelle heißt es:  
„Ein Schüler einer höheren Schule hat, nachdem das Direktorium das Verbot verkündet hatte, dem Herrn Volksbildungsminister durch Vermittlung eines anderen Schülers eine sofortige Nachricht zukommen lassen, und die Schüler haben unsere Anordnung daraufhin ohne weiteres ausgeführt. Wir müssen mit größtem Ernst und in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit gegen die uns anvertraute Jugend und deren Eltern aussprechen, daß eine solche vor vollkommener Öffentlichkeit geübte Kritik unserer durch Willkür und Willkür gebotenen Maßnahmen die Zerschlagung der Autorität der Schuldirektoren und der Autorität der Schule bedeutet.“  
Wir sehen im Bunde mit anderen Schulkollegen alle Kräfte

Dr. J.: Ich habe Sie hierher gebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie stehen Sie politisch?  
Dr. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer, besonderen Partei oder Organisation bin.  
Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch in einer ganz bestimmten Richtung geäußert haben.  
Dr. J.: (jögert).  
Dr. J.: Wo ich frage Sie jetzt: Was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt loslagern würden und Sie diesen und dem Stahlhelm, der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissar gegenüberstünden?  
Dr. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.  
Dr. J.: Da weichen Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich bin nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie als eigener Entscheidung würden.  
Dr. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Veranlassung als Beamter nach dem mir allgemein vorgezeichneten Verhalten, also nach meinem Beamteneid handeln.  
Dr. J.: Sie gehen mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. Werden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen?  
Dr. (jögert).  
Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen, die Sie bekämpfen können, daß Sie ein absolut rechtsnationaler Mann sind?  
Dr. (ausweichend): Ich kann jederzeit Polizeioffiziere anrufen, die ich für mich einsetzen werden.  
Dr. J.: Preussische Polizeioffiziere?  
Dr. (ausweichend): Ja.

**Weitere Niederlage Frieds - Mißtatbeschlagnahme vom Gericht aufgehoben**  
Weimar, 19. März. (Eig. Drahtb.)  
Als die Sozialdemokratische Partei Thüringens in Gemeinschaft mit der Thüringischen Landtagsfraktion der SPD. nach der Wahl der gegenwärtigen Thüringischen Landesregierung einen scharfen, öffentlichen Protest gegen die Wahl des Nationalsozialisten Fried als Innen- und Volksbildungsminister erteilt, ließ Fried mit der Beschlagnahme des Mißtats antworten: Er fühle sich insbesondere durch die Feststellung beleidigt, daß er wegen Hochverrats zu einer Festungshaft von einem Jahr drei Monaten verurteilt worden ist. Den von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Beschlagnahme der Mißtats erhobenen Beschwärden hat die Weimarer Strafkammer beim Thüringischen Landgericht jetzt stattgegeben. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingeleitet worden ist.

**Der Oberbürgermeister von Eisenach, Dr. Janzon, gibt die Unterredung mit dem Polizeikommissar anwärter M. zu. Er behauptet, sie habe sich anders abgespielt. Andererseits stellt Dr. Janzon die Verantwortlichkeit von Dr. Fried fest. Er selbst sei von einem Ministerialrat aus dem Thüringischen Ministerium des Innern Fried darauf aufmerksam gemacht worden, daß der betreffende Polizeibeamte politisch belastet sei und er ihn deshalb nur gebrauchen könne, wenn er sich von allen politischen Belastungen reinigen könne.  
Die „politische Belastung“ des Polizeibeamten besteht darin, daß er kein Rechtsnationalist ist!**

Dem Schreiben Severings entsprechend wird, dem Abendblatt vom 1. April die zu diesem Tage fällige Überweisung von 225 000 Mark an das Thüringische Staatsministerium nicht erfolgen. Der Thüringische Polizeetat wird ungefähr zu neun Zehntel aus Reichszuschüssen bestritten.



baron, unsere Schüler zu nationaler Gesinnung und zu staatsbürgerlichem Pflichtgefühl zu erziehen. Die Erfüllung unserer Aufgabe wird uns aber unmöglich gemacht, wenn für unsere Aufzucht nicht mehr in erster Linie die Bedingungen der Schule, sondern die Bedürfnisse wechselnder Parteipolitik maßgebend sein sollen, und wir leben und haben gezwungen, die Verantwortung für den Geist der Zukunft an den uns unterstellten Schülern herüber zu geben.

Berlin, 20. März. (Eig. Funkbericht.)

Die thüringische Regierung läßt durch die Rechtsprelle erklären, daß ihr das Schreiben des Reichsinnenministers mit der Aufforderung zur Sperrung sämtlicher Zölle für die thüringische Polizei, als Mißbrauch nachmittags noch nicht zugegangen sei. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß das Schreiben des Reichsinnenministers bereits am Dienstag nachmittags nach Thüringen abgegangen ist und dort spätestens am Mittwoch mittag eintreffen mußte und wahrscheinlich auch eingetroffen ist.

Aus der Presse hat jedoch die thüringische Regierung das Schreiben des Reichsinnenministers tatsächlich schon zur Kenntnis genommen. Wenn sie trotzdem in ihren Äußerungen zu dem Schreiben bisher äußerste Zurückhaltung gezeigt und in diesem Sinne auch auf die seit dem Freid-Regime so großsprecherische Verleumdung der deutschnationalen Zeitungen aus Thüringen eingewirkt hat, so ist das sicherlich nicht zuletzt auf den starken Einfluß zurückzuführen, den Severings Brief in allen Kreisen der thüringischen Bevölkerung und insbesondere allen Regierungsparteien hervorgerufen hat. Selbst der redselige und geschwätige Herr Freid scheint plötzlich die Sprache verloren zu haben. Sein Berliner Sprachrohr, die „Deutsche Zeitung“, weicht im Gegensatz zu seinen sonstigen Gesinnungen jedenfalls wieder über die Stellungnahme dieses Buchstaben, nach der übrigen thüringischen Minister zu Severings Brief irgend etwas zu berichten. Es schweigt, wie Herr Freid schweigt.

Das einzige Argument der deutschnationalen Presse gegen die Maßnahme Severings läuft darauf hinaus, daß die Sperrung der Reichszölle für die Landespolizei nicht erfolgen kann, da die Zahlungen auf Grund beiderseitig vereinbarter Richtlinien stattfinden, gegen die vom Lande Thüringen nicht verstoßen worden sei. In der Tat erfolgen die Auszahlungen auf Grund von Richtlinien zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen, die im Jahre 1928 vereinbart worden sind. Der Reichsminister des Innern kann jedoch nach dem Wortlaut und Inhalt dieser Richtlinien jeden Zutritt an die Länder sperren, wenn er auch nur den geringsten Zweifel hegt, daß die Verwendung der überwälzten Gelder mit den Vereinbarungen nicht in Einklang zu bringen ist. Daß dieser Zweifel berechtigt und sich auf zahlreiche sachliche Argumente stützt, wird selbst die deutschnationale Presse nicht bestreiten wollen. Aber wenn Herr Freid schon glaubt, daß die Zweifel der Reichsregierung zu Unrecht bestehen, kann er ja den Beweis des Gegenteils führen.

Der „Vorwärts“ schreibt heute zu der „Episode Freid“ u. a.: „Das Reich wird gezwungen sein, weitere und ernstere Maßnahmen zu ergreifen, wenn Herr Freid nicht demnachst von der Spitze des thüringischen Innenministeriums verschwindet. Diese Maßnahmen sind zum Schutze der Verfassung, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig. Das Land Thüringen, dessen Finanzen in katastrophaler Unordnung sind, bedarf dringend er Ruhe und nicht nationalsozialistischer Kraftmeierei und Putschspielerei — und das Reich nicht minder.“

Eisenach, 20. März. (Eigener Funkbericht.)

Die Eisenacher Stadtverordnetenversammlung, in der Sozialdemokraten und Demokraten die Mehrheit besitzen, tritt heute zur Beratung des Etats zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Oberbürgermeister Dr. Janson bei dieser Gelegenheit über seine Unterbrechung mit dem Polizeikommissarvanwärter Macho im Berliner Hotel „Exzellenz“ interpellieren.

Berlin, 19. März. (Eigener Bericht.)

Am gleichen Tage, an dem das Schreiben des Reichsinnenministers an das thüringische Finanzministerium bekanntgegeben wurde, hat der Nationalsozialist Dr. Freid im thüringischen Landtag erklärt, daß er seine Ministerialtätigkeit nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausüben werde. Die Nationalsozialistische Partei hat ferner wiederholt öffentlich festgestellt, daß sie die Befassung von Weimar gewaltlos stützen wolle, um das sogenannte dritte Reich an ihre Stelle zu setzen. Ihre Reichstagsabgeordneten verkünden regelmäßig von der Tribüne des Reichstages herab, daß es ihre Pflicht sei, bis Reichsregierung von einem sogenannten Staatsgerichtshof des dritten Reiches zu stellen und ihre Mitglieder aufzuhängen und zu lösen. Herr Freid hat als nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ähnliche Erklärungen abgegeben.

Daß ein solcher Mann, der noch dazu des offenen Sachverrats gegen die Reichsverfassung im Jahre 1923 sich schuldig gemacht hat, überhaupt Minister eines deutschen Landes werden konnte, ist ein unhaltbarer Zustand. Daß eine Verfassungspartei wie die Deutsche Volkspartei, diesem Manne ihre Stimmen gegeben hat und ihn weiter duldet, obgleich zahlreiche Handlungen des Herrn Freid beweisen, daß er nicht nach der Verfassung, sondern als Putschist zu regieren gedenkt, ist außerordentlich beklagenswert für diese Partei.

Der Schritt des Reichsinnenministers hat selbstverständlich großes Aufsehen erregt. Der Schritt des Reichsinnen-

ministers ist selbstverständlich in Übereinstimmung mit dem Reichsanwalt und dem Reichswehrminister erfolgt. Ueber keine Rechtmäßigkeit ist gar kein Zweifel. Die Politik der Länder wird vom Reich unterstellt aus einem Dispositionsfonds, der für diesen Zweck bestimmt ist. Die Art der Verteilung ist geregelt durch ein Abkommen zwischen Reich und Ländern, in dem gleichzeitig bestimmt ist, unter welchen Voraussetzungen der Reichsminister des Innern die Zuschüsse sperren kann. Zu den Voraussetzungen der Eingabe gehören in erster Linie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die strikte Wahrung der Reichsverfassung und der geltenden Gesetze, daß diese Voraussetzungen unter der Regierung des Herrn Freid in Thüringen nicht mehr gegeben sind, bedarf nach den Worten und Taten des Herrn Freid keiner Begründung weiter. Die Sperre bezieht sich aber daneben noch auf Zuschüsse kultureller Art, die aus einem Dispositionsfonds des Reichsinnenministeriums an die Länder gegeben werden. Die Entscheidung über derartige Subventionen liegt im übrigen beim Reichsinnenminister allein.

## Die Zollanträge dem Reichstag vorgelegt

Berlin, 19. März. (Eigener Bericht.)

Dem Reichstag sind die Anträge der Regierungsparteien zur Abänderung der Zölle für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse inzwischen zugegangen. Sie werden am Montag beraten werden. Damit ist die ursprüngliche Absicht der agrarischen Parteien der Regierung, eine uneingeschränkte Ermächtigung für die Erhöhung der Zölle zu erteilen, gescheitert. Diese Ermächtigung hätte nicht nur das Parlament von einem der wichtigsten geschäftlichen Aufgabengebiete ausgeschlossen. Sie hätte auch die Gefahr hervorgerufen, daß unter dem Druck der Agrarier die Regierung sich gezwungen gesehen hätte, weitgehende Zugeständnisse zu machen, die sowohl die Lebensinteressen der verbrauchenden Bevölkerung als auch der industriellen Erzeugung schwer gefährdet haben würden.

Die Änderungen der Zölle für Mais, Kleie, die Maltsartoffeln haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Veränderungen bei Gerste und Afer und die Einführung eines Staatsmonopols für Mais dienen dem Schutze der inländischen Roggenzucht und sind mit Sicherungen für die Viehzüchter verbunden. Die Zölle für Roggen, das wichtigste Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, bleiben unverändert. Die Zölle für Weizen, die sich bisher zwischen 3,50 Mark und 9,50 Mark bewegten, sollen sich künftig zwischen 1,50 Mark und 12 Mark bewegen. Dabei bleibt aber der bisherige Richtpreis von 28 Mark pro Doppelzentner unverändert. Der Mehlpoll wird der Veränderung des Weizenzolls angepaßt. Der Zoll auf Zucker von 26 auf 32 Mark für den Doppelzentner erhöht, der Höchstpreis dafür aber von 21 Mark auf 20,50 Mark pro Zentner, also um eine halbe Mark pro Doppelzentner herabgesetzt. Die Erhöhung des Zolles ist daher auf die Preisgestaltung des Zuckers ohne Einfluß und soll nur den deutschen Zuckerrübenbau vor verstärkter ausländischer Konkurrenz schützen. Die Ermäßigung des Höchstpreises um 50 Pf. bedeutet für den Konsum eine Ersparnis von insgesamt 15 Millionen Mark.

Alle diese Maßnahmen sollen die deutsche Landwirtschaft vor der immer stärker werdenden Schleuderkonkurrenz des Auslandes schützen. Das liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Die Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit der deutschen Volkswirtschaft. Je geringer die Kaufkraft der Landwirtschaft ist, um so größer wird die Arbeitslosigkeit in denjenigen Industriezweigen sein, die Erzeugnisse für die Landwirtschaft herstellen.

Selbstverständlich mußte in den tagelangen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien die Sozialdemokratie allen Einfluß aufheben, um zu weitgehenden, nicht durch die augenblicklichen Notzustände gerechtfertigten Maßnahmen zu verhindern. Das ist ihr gelungen.

Die Veränderungen der Zölle sind jetzt so gestaltet, daß zwar Katastrophenzölle für die Landwirtschaft vermieden werden, daß aber auch Preiserhöhungen für die Verbraucher gegenüber dem augenblicklichen Stand nicht zu erwarten sind.

Das gilt in erster Linie vom Brot. Eine Erhöhung des Zolles auf Roggen konnte abgewehrt werden. Die Erhöhung des Zolles auf Weizen wird kaum eine Auswirkung auf den Brotpreis haben können, weil die heutigen Brotpreise bereits höheren Weizenpreisen entsprechen. Die Ermäßigung des Zuckerpriests trotz gleichzeitiger Erhöhung des Zuckerpriests ist gegen den heftigsten Widerstand der Deutschen Volkspartei durchgesetzt worden.

Unter den beabsichtigten Maßnahmen hat die Neugekaltung des Zolls auf Gerste und die Einführung des Maismonopols die größte Bedeutung. Das Maismonopol, das nur von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei vertreten wird, und das die Demokraten und die Deutsche

## Die gefährdete Flottenkonferenz

Briland reist nach Paris

Paris, 20. März. (Eig. Funkbericht.) Die Pariser Presse neigt mehr und mehr dazu, die Flottenkonferenz als endgültig gescheitert anzusehen. MacDonald — so erklärt man — habe am Mittwoch mit Hilfe der Amerikaner Frankreich zu neuen Konzessionen zwingen und an Stelle der Realisation von 3:2 zwischen Frankreich und Italien eine solche von 6:5 vorzuschlagen. Gegen eine derartigen Bevorgung Italiens und offensichtlich nachteiligen Frankreichs, sei Briland nichts anderes übrig geblieben, als seine Abreise nach Paris auszufragen. Auch eine Abendunterhaltung zwischen Briland und MacDonald habe daran nichts geändert, denn die beiden Minister hätten höchst eilig getrennt. Wenn bis Ende der Woche, so hoffen „Matin“ und „Journal“ ihre Berichte drohend, die Verhandlungslage sich nicht grundlegend ändern, würden weder Briland noch Briland wieder nach London zurückkehren.

Volkspartei ablehnen werden, ist ein Schritt vorwärts dem Wege einer geregelten öffentlichen Bewirtschaftung eines wichtigen Agrarproduktes.

Die bewegliche Festlegung des Gerstenzolls mit einer unteren Grenze von 2 Mark und einer oberen Grenze von 10 Mark wenigstens im Grundlag die Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung, die im Dezember nicht durchgesetzt werden konnte. Wiederherstellung des 2-Mark-Zolles soll die bäuerliche Erzeugung vor einer Steigerung der Produktionskosten schützen. Beide Maßnahmen zusammen sollen eine verstärkte Fütterung von Roggen bewirken und dadurch dazu beitragen, der Roggenpreis, der zur Zeit unter Vorkriegsniveau liegt, eine erträgliche Höhe gebracht wird.

Unsere Bedenken gegen einzelne Punkte dieses Programms haben wir gestern dargelegt. Sie werden durch vorstehende Auslassung nicht widerlegt. Das gilt insbesondere das über den Gerstenzoll gesagte. Gewiß ist es an sich ein Schritt, daß auch der Gerstenzoll jetzt beweglich gestaltet wird. Der Gerstenpreis ist die Lage ganz anders als beim Roggen. Zuckermittel und damit des Viehs und Fleisches durch die Zuckererhöhung zu befürchten. Zum Zuckerpoll sei noch gesagt; die Preisfestlegung des Höchstpreises für Zucker bedeutet, daß damit der Preis, bei dessen Erreichung der Zuckerpoll automatisch herabgesetzt wird, gesenkt wird. Das bedeutet also tatsächlich eine Preisentzug.

## Das Strafverfahren gegen die nationalsozialistischen Mörder

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin hat in der Angelegenheit der Schießerei in Königsplatz die Voruntersuchung wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und wegen Handel gegen 18 Nationalsozialisten eröffnet. Die Verdächtigen befinden sich sämtlich in Haft. Sie stehen zwischen dem 17. und 24. Lebensjahr.

## Balfour gestorben

London, 19. März. (Eig. Draht.)

Der ehemalige Premierminister und konservative Führer Lord Balfour ist am Mittwoch im Alter von 82 Jahren verstorben.

Das Unterhaus verabschiedete sich am Mittwoch zum Zeichen der Trauer um den verstorbenen Lord Balfour, der die Jahrzehnte lang dem Unterhaus angehört hat, ohne in den Verhandlungen einzutreten.

## Die deutsch-russischen Verhandlungen

Warschau, 19. März. (Eig. Draht.)

Die am Dienstag zwischen dem deutschen Botschaftler in Moskau, von Dirksen, und dem stellvertretenden russischen Außenkommissar Litwinoff geführten Besprechungen stellten gewissermaßen eine Fortsetzung in Berlin geführten Erörterungen zwischen dem Reichsaussenminister und dem russischen Botschaftler Krestinski über die zwischen Deutschland und Rußland sich erheben den kritischen Fragen dar. Es kann nach den in hiesigen gut unterrichteten Kreisen vorliegenden Meldungen kein Zweifel unterliegen, daß auch in den Moskauer Besprechungen das Verhältnis der Sowjetregierung zu den Komintern eingehend erörtert worden ist.

## Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer (Nachdruck verboten)

„Wenn Sie meinen, daß ich Sie überfallen hätte, kann ich Sie darüber beruhigen“, erklärte er. „Haben Sie etwas — verloren?“

Rit Mühe erhob sie sich und wandte zum Toiletettisch hinüber.

„Das Buch ist fort — das ist alles, das Buch?“

„Das Buch? Welches Buch?“ fragte er schnell.

„Das kleine goldene Buch.“

Dem Unheimlichen kam plötzlich eine Ahnung.

„Lupperwills?“

Sie nickte.

„Wie kam es in Ihren Besitz? Die Antwort kann ich erfragen.“

Sie nickte abermals. „Ich habe es geliehen.“ Das Sprechen verzuchtete ihr Schwertgeißel.

„Ich verstehe.“

„Also das war die Erklärung — und eine sehr einfache!“

„Mein junges Fräulein“, wandte er sich dann an das Mädchen, „ich glaube, wir können Mrs. Hallam für einen Augenblick sich selbst überlassen. Ich möchte Sie an einem sicheren Ort wissen. Wollen Sie fünf Minuten hier bleiben und nicht fortgehen?“

Sie nickte, und im nächsten Augenblick war er verschwunden.

Aus der Richtung, nach der er verschwunden, konnte sie erraten, daß er in ihrem Zimmer war, und sie wunderte sich, was ihn dorthin führte. Wie er versprochen hatte, kehrte er in fünf Minuten, einen Handkoffer tragend, zurück, den sie als den ihrigen erkannte. Der Gedanke, daß er ihre Kleider zusammengepackt hatte, war so seltsam, daß sie beinahe gelacht hätte.

„Ich glaube, das Palace Hotel wird während der heutigen Nacht ein ziemlich sicherer Ort für Sie sein.“

Sie schaute Mrs. Hallam an, die inzwischen ihre gewöhnliche Gesichtsfarbe wiedererlangt hatte.

„Es wäre gut, wenn Sie Ihren Mann anrufen und ihm mitteilen.“

„begann er, und als er das Geräusch eines Schließens in der Eingangstür hörte, ging er auf den Gang hinaus.

Ralf Hallam blieb wie angewurzelt stehen, als er die erwartete Erscheinung des unheimlichen Amery sah.

XLVI.

„Was machen Sie hier?“ fragte er rau.

„Diese Frage könnte ich an Sie richten“, war die kühle Antwort. „Wirklich, Hallam, Sie bewegen sich schneller als irgendeiner, den ich kenne.“

„Wohin geht du, Eisa?“ fragte Hallam.

„Ich will der Dame die Antwort ersparen. Ich werde sie nach dem Palace Hotel bringen, wo sie sicherer sein wird.“

Ralf sah das Licht in dem Zimmer seiner Frau und ging den Vorraum entlang. Er warf nur einen Blick ins Zimmer, auf die umgeworfenen Sachen und das blosse Gesicht der Frau und drehte sich schnell um.

„Wie ist das alles zu erklären?“ fragte er. „Sie wollen doch nicht so ohne weiteres fort, Amery?“

„Jemand hat Ihre Frau überfallen und ist entwischt, als ich hereinkam.“

„Wie kamen Sie herein?“

Amery lächelte. „Heute abend werde ich keine weiteren Fragen beantworten, denn ich habe keine Zeit“, bemerkte er und wandte sich zur Tür, als Ralf ihm entgegentrat.

„Was haben Sie in jenem Handkoffer?“

Amery überlegte eine Weile, dann entgegnete er kühl: „Etwas über eine Million Dollar, das Eigentum Mrs. Marlowes.“

„Ich habe es auf dem Boden von ihrer Kiste gefunden und will es jetzt in Sicherheit bringen.“

Ralfs Gesicht wurde erst rot und dann weiß.

„Sie kommen nicht eher von hier fort, als bis Sie erklären.“

„Morgen werde ich Ihnen eine Klärung geben, die Sie befriedigen wird“, erwiderte Amery in dem Ton seiner alten Bereitwilligkeit. „Vorläufig können Sie noch etwas raten. Ich habe Sie schon einmal gewarnt, Hallam, daß für zwei Stunden Ihres Gewahrseins kein Was ist, und Sie werden bald erfahren, wie recht ich habe. Gehen Sie nach Hause und schlafen Sie sich ein — oder, was noch besser ist, schlagen Sie einen Selbstmord nieder, damit Sie festgenommen werden! Der Todesengel geht heute umher!“

Ralf Hallam wandte und lehnte sich an die Tür. Wie ein Leinwand, betäubt und machtlos, sich zu bewegen, beobachtete er, wie die beiden sich entfernten.

Feng Ho wartete vor der Tür, und Amery erteilte ihm seinen Befehl.

„Welche hier, verfolge Hallam, denn ich muß wissen, wo ihn finden kann!“

Sie stiegen die Treppe hinauf und gelangten auf die obere laffene Straße. Sein Chauffeur lenkte gerade den Wagen um und auf der anderen Seite hielt eine Autobrosche, die angedeutet gerade vorgefahren war, denn zwei Männer sprachen mit dem Führer.

Amerys folgender Irrtum war daher erklärlich.

„Ihr kommt von Kommissar Wille?“

„Wille? Uns geht Wille nichts an, aber wir kommen von Scotland Yard“, sagte einer von ihnen freundlich. „Sind Sie Amery?“

„Das ist mein Name.“

„Ich habe einen Haftbefehl gegen Sie, Major.“

Amery schaute ihn ungläubig an. „Einen Haftbefehl gegen mich? Wessen bin ich angeklagt?“

„Das braucht man Ihnen wohl nicht erst mitzuteilen.“

„Werden Sie auf der Polizeiwache erfahren. Ich habe nur Ihren Befehl. Sie in Gewachsam zu nehmen.“

Es entstand eine Pause.

„Hier muß ein Irrtum vorliegen. Ich will aber trotzdem mit Ihnen gehen, doch werden Sie mir gestatten, diese Angelegenheit erst nach dem Palace Hotel zu bringen?“

Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.

„Ich habe den Handkoffer dem Führer reichte.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“

„Der Mann sagte nichts, sondern folgte ihm in die Straße.“



# Erste Lesung der Steuervorlagen

## Lebhafte Debatte — Hindenburgs Aufruf wird platziert

Berlin, 19. März. (Eigener Drahtbericht.)

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht der von den Sozialdemokraten, Demokraten, vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag auf öffentlichen Anschlag der Rundgebung des Reichspräsidenten vom 12. März zum Youngplan.

**Abg. Oberholzer (Dnat.):** Von unserer Überzeugung, daß der Herr Reichspräsident in seiner Rundgebung von einer irrigen Auffassung der gesamten Lage und der Folgen des Youngplans ausgeht, können wir uns auch nicht durch die Gefühle der Veranlassung abbringen lassen, die wir seiner historischen Persönlichkeit gegenüber haben.

**Abg. Stöcker (Komm.):** Wir könnten eigentlich dem Antrag zustimmen, denn damit wird den Massen auf dem Lande gezeigt, daß auch ihr sogenannter Nationalheld Hindenburg in die Reihe der Verräter gehört, die das internationale Finanzkapital zur Ausbeutung des deutschen Volkes benutzt.

**Abg. Dreweh (Wirtsch.):** Wir betonen uns zu der vom Reichspräsidenten in seiner Rundgebung ausgesprochenen Forderung zur Einigkeit, aber mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage lehnen wir den öffentlichen Anschlag ab.

**Abg. Hepp (Chr. Nat.):** Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

**Abg. Straßer (Natsos.)** erklärt, Hindenburg sei für die Nationalsozialisten und Frontsoldaten die Verkörperung der alten Idee. Als Reichspräsident sei Hindenburg immer mehr ein Symbolfaktor der marxistisch-liberalen Republik geworden. Die revolutionäre Jugend könne dem Präsidenten auf diesem Wege nicht folgen.

Zunächst wird der kommunistische Ergänzungsantrag gegen den Youngplan und Nationalsozialisten abgelehnt. — Die am 12. März im Reichstag über den Hauptantrag ergab die Annahme des Antrages auf öffentlichen Anschlag mit 18 gegen 180 bei 28 Stimmenthaltungen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs auf Verlängerung der Nachtordnung bis zum 30. September 1931.

Die Vorlage wird mit den dazu gestellten Anträgen dem Ausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung der Zoll- und Steuervorlagen.

Die zum finanziellen Deckungsprogramm der Regierung gehören.

Eine Vorlage verlangt die Erhöhung des Benzinzolls von 10 Mark und die Einführung eines Benzinzolls von 10 Mark. Dafür soll nach der Regierungsvorlage der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer auf 10 Prozent herabgesetzt werden, während der Zuschlag 15 Prozent beträgt.

Die in einer weiteren Vorlage verlangte Verringerung der Zigarettensteuer soll durch Verringerung der Zahlungsrisiken und Verringerung der Tabaksteuer um 2 Millionen einbringen.

Durch ähnliche Verringerungen soll der Ertrag der Zuckersteuer um 2 Millionen erhöht werden.

Dazu kommt die Mineralwassersteuer, aus der den Ländern 2 Millionen zuzuführen sollen, und schließlich die Biersteuer.

Schlieflich ist mit den Vorlagen verbunden die Beratung des Entwurfs, wonach aus dem Reservefonds der im Zusammenhang mit der Industriebelastung stehenden Bank für Industrie-Subventionen 50 Millionen an die Reichskasse fließen.

Präsident Ebert teilt mit, daß der Reichsfinanzminister erst der zweiten Beratung das Wort nehmen wolle.

**Abg. Dr. Rademacher (Dnat.)** erinnert an die im Dezember angekündigten Steuererhöhungen in Höhe von 915 Millionen, die sich von dieser Erhöhung eingetrennt. Weiterhin werde der öffentlichen Wirtschaft eine Neubelastung von 405 Millionen zumutet.

**Reichsfinanzminister Dr. Noltenhauer:**

„Ich erlaube mir heute auf die vom Vordredner aufgeworfene grundsätzliche Frage einzugehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Vorprüfungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren lassen: Ich habe, so erklärt der Minister, in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unerkennbaren Verprechungen gemacht. Ich habe gleich die erste Gelegenheit benutzt, um auf die Veränderungen in der Kassenlage hinzuweisen, darauf, daß die Ausgaben, besonders in der Arbeitslosenversicherung, weit über die einkommensmäßigen Schätzungen hinausgingen. Wenn Dr. Rademacher von einer anderen Deutschnation an meiner Stelle stände und nicht ausbalancierten Etat und eine höchst ungünstige Kassenlage vorfände, wenn er vor der unerträglichen Situation stünde, die das Deutsche Reich pumpen muß, um nur den Alltagsbedarf zu decken, — dann würden doch auch Sie in erster Linie darüber nachdenken, wie vor allen Dingen die Kasse saniert werden kann. Dann kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung eingeworfen werden, denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schlage um 300 oder 400 Millionen zu senken. Der andere denkbare Weg wäre der einer entsprechenden Verringerung der Beamtengehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich entschieden ablehnen möchte. Die größte Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen werde ich erreichen können wir nur etwas, wenn wir systematisch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Ausgaben senken und in der Verwaltung sparen durch zweckmäßige Gestaltung und durch den Abbau von Ausgaben. Wir arbeiten bereits daran. Der Reichstag wird am Donnerstag das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden und noch in dieser Woche das Gesetz über die Einkommensteuererhöhung. Sie sehen daraus, daß es uns durchaus ernst ist mit der Absicht, über die Sanierung der Kasse zu der Sanierung der Wirtschaft zu kommen. Wie wenig wir die Notlage der Landwirtschaft verstehen, haben wir bewiesen durch das Hilfswort, das gerade in diesen Stunden vereinbart worden ist. Wir haben den dringenden Wunsch, daß das Gesamtwerk der Finanzreform, die Sanierung und Entlastung der Wirtschaft, möglichst schnell verabschiedet wird und zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft führt.“

**Abg. Dr. Neubauer (Komm.):** Der Redner bespricht die Einkommen- und Stenererhöhungen, die durchweg die Lebenshaltung der arbeitenden Massen untragbar zu belasten und dafür das Kapital zu begünstigen. Der Reichsfinanzminister legt einen Benzinzoll- und Benzinzoll vor, der dem Reich 60 Millionen bringen soll, aber ganz sicher den deutschen Benzolproduzenten ein Gehalt von 25 Millionen im Jahre bringt, wovon 10 Millionen auf den Verbrauch entfallen.

**Reichsfinanzminister Dr. Noltenhauer:**

„Ohne auf die Einzelheiten des Benzinzoll- und Benzinzolls einzugehen, will ich nur erklären, daß dem Reichsfinanzminister bereits die Vorlage vorgelegt ist, über eine entsprechende Abgabe von der inneren Produktion.“

**Abg. Colosse (Wirtsch.):** Als nach dem Verschwinden der Vermögenswerte der Reichsfinanzminister wurde, glaubten wir, jetzt habe ein Mann das Ruder ergriffen. Inzwischen sind wir enttäuscht worden. Durch die Finanzminister sind die Regierungsparteien in der Steuernachfrage in die Ecke gedrückt worden. In den vorliegenden Entwurf sieht die deutsche Wirtschaft keinen Rettungsweg, sondern nur den Versuch, über die dringende Not hinwegzukommen. Die Kapitalflucht ist anstatt des Steuerbrudens und des dem Menschen nun einmal anhaftenden Egoismus zu verstehen. Das Verprechen von Steuererhöhungen wird heute von der Wirtschaft gar nicht mehr ernst genommen. Die Schuld tragen nicht die Sozialdemokraten allein, sondern auch die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalen.

**Abg. Reil (Soz.):**

Grundfalsch ist die Behauptung, daß wir den Arbeitern gehalt hätten, sie würden von den Reparationslasten frei bleiben.

Herr Rademacher (Dnat.) hat uns auch Unwahrscheinlichkeit vorgeworfen, und da tut der Redner einer Partei, die ihren Anhängern verspricht, daß der Youngplan die Belastung Deutschlands in den ersten Jahren um 700 Millionen jährlich verringert, und daß ein Erfolg des Kampfes gegen den Youngplan die furchtbarste Krise über unsere ganze Wirtschaft verhängen würde. (Sehr wahr! links.) Wenn das Staatsjahr 1930 trotz der Entlastung in der Reparationspolitik dem deutschen Volk die Entlastung bringt, daß statt der in Aussicht gestellten Steuererhöhung zunächst eine steuerliche Mehrbelastung eintritt, so ist das außer auf das Zurückgehen der Steuererträge und die Steigerung der Arbeitslosigkeit auf die falsche Finanzpolitik der letzten Jahre zurückzuführen. Wir haben gegen die Erweidung phantastischer Hoffnungen auf Steuererhöhung schon beim Dezember-Programm starke Vorbehalte gemacht. Unsere Zweifel haben sich als vollkommen berechtigt erwiesen. Schon im Januar dieses Jahres hat der Reichsfinanzminister sich genötigt gesehen, zu erklären, daß das Dezember-Programm nach Tempo und Ausmaß Verringerungen erfahren müsse, und daß die Sanierung der Reichsfinanzen der Steuererhöhung vorangehen müsse. Dieser Erklärung haben wir ohne Einschränkung zugestimmt. Auch wir wünschen eine Steuererhöhung, aber bevor sie in Angriff genommen wird, müssen die Voraussetzungen dafür gegeben sein.

Die deutsche Steuerbelastung ist gewiß sehr schwer, aber das ist kein Wunder, da wir den größten Krieg der Weltgeschichte verloren und die größte Kriegsentfädigung aller Zeiten zu tragen haben.

**Steuererhöhung auf Kosten der ordnungsmäßigen Staatsgebarung wäre der schwerste Fehler.**

Die Sanierung der Reichskasse und die Tilgung der schwebenden Schulden wird den öffentlichen Kapitalmarkt erleichtern und die Nachfrage nach Kapital unter günstigeren Bedingungen zu decken ermöglichen. Damit wird den Interessen des Gesamtvolkes ungleich mehr gegeben, als wenn phantastische Hoffnungen auf Steuererhöhung erweckt werden. (Lebh. Zustimmung der Soz.)

Der jetzige Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Dr. Oberholzer, hat bei der vorjährigen Staatsberatung die Parole ausgegeben, mit einem offenen Defizit abzuschließen. Was wäre das für eine Westarp-Weite geworden! (Sehr gut! links.) Trotzdem aber ist es im Vorjahr gelungen, neue Einnahmen von 120 Millionen zu erschließen und sechs Streichungen von circa 100 Millionen vorzunehmen, also die Finanzlage des Reiches um mehr als 200 Millionen zu verbessern. Wenn trotzdem Schwierigkeiten entstanden und bestehende Schwierigkeiten größer geworden sind, so hat die deutschnationale Fraktion kein Recht, Anklagen zu erheben.

Als die Deutschnationalen maßgebende Regierungspartei waren, seit 1925, haben wir nicht einen einzigen nach den Vorschriften der Haushaltsordnung in sich ausgeglichene Etat verabschiedet.

Der einzige Etat, der innerlich ausgeglichen war, und noch einen erheblichen Ueberschuß hatte, war der Etat von 1924. Der erste Verlust seit 1924, einen innerlich balancierten Etat aufzustellen, ist 1929 von Hilferding gemacht worden. Daß dieser Verlust nicht vollkommen gelungen ist, liegt an der schlechten Haltung der Parteien, die sich seinen Steuerentwürfen widersetzen. Dadurch sind die enorm angewachsenen Verluste entstanden, hinzu kam die Arbeitslosigkeit und die Verpfändung, 450 Millionen Schulden aus laufenden Mitteln zu decken. Auch ist das Staatsdefizit von 154 Millionen aus dem Jahre 1928 noch vorhanden. Beseitigung der Steuererhöhung ist somit unabweislich, jedoch könnten wir sie uns viel einfacher und sozial gerechter vorstellen, als die Regierung sie vorschlägt. Unser Plan, einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, hätte die Lasten gerecht und gleichmäßig nach der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen verteilt; er trägt den Charakter eines vorübergehenden Notopfers und hätte im nächsten Jahr wieder aufgehoben werden können. Die breiten Volksmassen und auch der Reichspräsident haben diesem Plan zugestimmt. Er hat aber bei den anderen Mehrheitsparteien keinen Anklang gefunden.

Auch wir hoffen, daß die notwendige Steuererhöhung in absehbarer Zeit kommt. Aber wir raten davon ab, angesichts der wechselnden Verhältnisse, sich heute schon darauf festzulegen. Kapitalbildung ist bei der Kapitalnot und dem Geldverlust infolge von Krieg und Inflation in Höhe von vielleicht 150 Milliarden notwendig. Aber nur feine übertriebenen Hoffnungen, daß jeder Pfennig Steuererhöhung der Kapitalbildung zugute käme. Vergessen Sie nicht die gewaltige Rolle, die die Kaufkraft der breiten Massen im Wirtschaftsprozess spielt. Es gilt vor allem, zu überlegen, ob die zu ergreifenden Maßnahmen nicht die Kaufkraft und damit das ganze Wirtschaftsleben bedrohen. (Sehr wahr! links.) Nicht nur aus Menschlichkeit und weil es sich um unschuldige Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems handelt, sondern auch aus allgemein wirtschaftspolitischen Gründen dürfen die sozialpolitischen Leistungen nicht verringert werden. Andernfalls würde die Konsumfähigkeit und Kaufkraft der Massen eingeschränkt, und die Wirtschaftswort nur noch gesteigert werden.

Wir werden im Ausschuss sorgfältig auf den Schutz der Verbraucherschicht bedacht zu sein haben. Unser Vorkommen wird heute und künftig sein, daß ohne kaufkräftige Verbraucherschicht und ohne leistungsfähige Arbeiterschaft es keinen Aufschwung der deutschen Wirtschaft geben kann. (Lebh. Beifall der Soz.)

**Abg. Dr. Höhe (Ztr.):** Die Sanierung ist dringend notwendig; um sie parlamentarisch vorzunehmen, ist schnelle Entscheidung erforderlich. Erst danach kann an Steuererhöhungen gedacht werden.

**Abg. Dr. Cremer (D. Sp.):** Erst wenn durch Beschränkung der Ausgaben und erhebliche Steuererhöhung die Wirtschaft neu angekerbelt ist, kann die finanzielle Gesundung von Reich, Ländern und Gemeinden eintreten.

**Abg. Dr. Reinhold (Dem.):** Wir sind bereit, die Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, hatten aber entschieden an der Steuererhöhung fest.

**Abg. v. Engel (Chr. nat.):** Das Agrarprogramm des Reichspräsidenten, das man auch platizieren sollte, wird durch diese Vorlage nicht erfüllt.

**Abg. Dr. Forstner (Bayr. Sp.)** betont die Notwendigkeit der Sanierung und bekämpft die Biersteuererhöhung.

**Abg. Gaudeser (Bayr. Bauernb.)** protestiert gleichfalls gegen die Biersteuererhöhung. Er schildert die Notlage der Kleinbauern und verlangt Einfuhrperre für Weizen und Gerste. Damit schließt die Beratung. Die Vorlagen gehen an den Steuerauschuß.

Infolge der Verzögerung der Entscheidung über den neuen Haushaltsplan war es der Reichsregierung nicht möglich, den Haushaltsentwurf für 1930 rechtzeitig vorzulegen. Der Entwurf ist erst am 8. März dem Reichstag vorgelegt worden, so daß er dem Reichstag frühestens zwei vor die Augen kommen wird. Zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung und zur Erfüllung der Aufgaben des Reiches bedarf die Reichsregierung gewisser Ermäßigungen. Diese Ermäßigung wird in dem Entwurf eines Nachhaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 angedeutet. Der Entwurf läßt vor, daß die Reichsregierung in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 die notwendigen Ausgaben bis zu einem Viertel der für das Rechnungsjahr 1929 bewilligten Beträge leisten kann. Von diesen Bestimmungen werden nur ganz wenige im Gesetzentwurf aufgeführte Ausgaben ausgenommen.

# Abstimmungen im Landtag

Kräftige Mehrheit der Regierung — Einige entscheidende Beschlüsse

Die Mittwoch-Sitzung des Preussischen Landtages wurde in ihrer vierstündigen Dauer fast ganz mit Abstimmungen ausgefüllt. Zunächst wurde ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister Birkelmeier abgelehnt. Dafür stimmten nur die Kommunisten, dagegen die preussischen Regierungsparteien, die von ihren 230 Abgeordneten nicht weniger als 222 zur Stelle hatten; die Rechte enthielt sich.

Anschließend wurden die Abstimmungen zum Handelsstat nachgeholt. Die Mehrheitsparteien legten mit 49 Stimmen Majorität die Festsetzung der Ausschüttungszeit der künftigen Handelssteuern auf sechs Semester Unverschiebung durch. Ein Entschließungsantrag, der die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden stark beschränken wollte, verfiel mit einer Mehrheit von 18 Stimmen der Ablehnung. Die Grundvermögens- und Hauszinssteuer wurde in zweiter Lesung genehmigt. Endlich wurde das neue Fideikommiss-Gesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Eine Resolution gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand wird mit 198 gegen 178 Stimmen abgelehnt. Die Hauszinssteuervorlage wird in zweiter Lesung mit 201 gegen 177 Stimmen verabschiedet.

# Frankreich und die Ratifizierung des Youngplans

Ministerpräsident Lardieu hat die Finanzkommission und die Auswärtige Kommission der Kammer für Freitag zwecks Beratung des Youngplans zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen lassen. Lardieu und Briand werden in dieser Sitzung ausführliche Berichte erstatten über die Tragweite und die Folgen der neuen Reparationsregelung.

Die Stellungnahme der Fraktionen zur Ratifizierungsfrage ist höchst unklar. Die Rechte hat am Mittwoch in verschiedenen Quartierbereichen versucht, die Zustimmung der Linken zum Youngplan als ein Vertrauensvotum für Lardieu zu stemmen. Daraufhin hat der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurio erklärt, daß gegenüber einer derartigen böswilligen Verdrehung der Regierungsmehrheit die Verantwortung für die Ratifizierung überlassen werden müsse. Die gleiche Erklärung gab am Mittwoch der Abgeordnete Bergery in der Vorstandssitzung der Radikalen Partei ab.

Der Rechte ist die Ansicht, daß die Linke sich bei der Abstimmung über den Youngplan evtl. der Stimme enthalten könnte, höchst unangenehm.

Der französische Ministerrat hat beschlossen, beide Kammern des französischen Parlaments aufzufordern, die Abstimmung über die Ratifizierungsvorlagen für Youngplan und über die Haager Vereinbarungen am 26. März zu beginnen. Die Debatte soll möglichst beschleunigt werden, um eine Verzögerung in der Inangriffnahme des neuen Planes, der Inkraftsetzung der Reparationsbank und der Auflage der Reparationsanleihe einleiten zu lassen.

# Frankreich dem in dem mit der deutschen Schwerindustrie

Wiederbeginn der Saarverhandlungen.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungstrife seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargebiete, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in den Besitz des preussischen Staates zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einen deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat, und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig undiskutierbar ablehnt, hält die französische Regierung mit jähem Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stillstand brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargebiete aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

# Neue polnische Regierung

Der polnische Staatspräsident beauftragte am Dienstag den Senatsmarschall Professor Julius Szymanski mit der Neubildung des Kabinetts. Szymanski ist von Beruf Professor der Angewandten Kunst.

Die Berufung des Senatsmarschalls Szymanski zur Kabinettsbildung hat allgemein, besonders aber in den Sejmkreisen, Überraschung hervorgerufen. Es wird vielfach der Meinung Ausdruck gegeben, daß es sich hier um ein Manöver Bilsudskis handelt. Sein in der Presse veröffentlichter Artikel mit neuen Angriffen gegen das Parlament hebt hervor, daß er jetzt den letzten Versuch zu einer Zusammenarbeit mit dem Sejm mache. In den Sejmkreisen glaubt man nicht an einen Erfolg Szymanskis und rechnet damit, daß Bilsudski dann die Konsequenzen ziehen, den Sejm auflösen und die von der Regierung schon so lange erzielte Verfassungsänderung oktroyieren wird. Die Lage ist außerst gespannt. In den politischen Kreisen sieht man Ueberdrehungen jeder Art als möglich an, zumal der Regierungsbund seit Wochen planmäßig auf die jetzt eingetretene Zuspitzung der Lage hingearbeitet hat. — Der Senatsmarschall Szymanski, 1870 in Wilna geboren, ist Professor der Medizin. Weithin hat er bisher keine bedeutende Rolle gespielt. Er gilt als treuer Anhänger Bilsudskis und steht der Oberstengruppe im Regierungsbund nahe.

# Die Arbeit in Genf

Die Wirtschaftskonferenz hielt am Mittwoch keine öffentliche Sitzung ab. Die erste öffentliche Sitzung des entscheidenden ersten Ausschusses findet erst am Freitag statt. Die Verhandlungen in den Untergruppen haben ergeben, daß es möglich ist, alle Staaten auf das Fallenzulassen der Ausnahmen zu einigen, wenn ihnen eine gewisse Freiheit besonders in Bezug auf die Veräußerung der landwirtschaftlichen Produkte eingeräumt wird. Die deutsche und französische Delegation stehen mit ihren Regierungen im Meinungsaustausch und haben sich ihre Zustimmung zu der Einigungsformel bis Freitag vorbehalten.

# Die Liberalen stützen Macdonald

Die liberale Parlamentspartei hat heute Abend einstimmig beschlossen, bei der Unterhausdebatte über die konservativen Änderungsanträge zu dem Weltmarktvertrag der Regierung zu stimmen. Sie begründen diesen Entschluß mit der gegenwärtigen Lage der Weltkonferenz und der Erwägung, daß es nicht im nationalen Interesse liegen würde, im Augenblick eine kritische Lage im Parlament herbeizuführen. Vor diesem Beschluß hatte eine Niederlage der Regierung im Unterhaus im Bereich des Möglichen gelegen.







Breslauer Nachrichten

„Los von Breslau“

Breslauer Haus- und Grundbesitzerverein fordert Ausgemeindung von Neu-Breslau

Wenn der Breslauer Haus- und Grundbesitzerverein einmal außerhalb seiner engen Interessenssphäre und seinen ewigen Interessenkreisen in das Gebiet der Politik wagt, dann kommt er nicht weniger als ein Klugheitsgigant aus dem Himmel herab...

Die durch die Statoverwaltung zum größten Teil gegen den Willen der Kreise Breslau, Neumarkt und Dels betriebene und durch das Gesetz vom 23. März 1928 sanktionierte Eingemeindung...

Man würde diesem Grenium und dem politischen Fokus des Referenten zuviel Ehre antun, wollte man gegen solche Auffassungen ernsthaft polemisieren. Eine Eingemeindung in diesem Umfang ist nun einmal nicht in knappen zwei Jahren los erledigt und auch Mängel, die selbstverständlich sich in der Zeit bemerkbar machen, sind nicht von heute auf morgen zu beheben...

Wer ist für Feuerlöschgeräte haftbar?

Eine Gerichtsentcheidung, die alle Garagenmieter angeht

Das hiesige Landgericht hat als letzte Instanz folgende für die Breslauer Hauseigentümer einerseits alle Mieter von Garagen andererseits prinzipiell wichtige Entscheidung gefällt.

Kläger ist Mieter einer Autogarage in Breslau. Die Polizei verlangt von ihm die Beschaffung eines Feuerlöschers in die Garage. Justizrat Wid erwidert dem Hauseigentümer die Beschaffung, da dieser nach seiner Ansicht dafür einzustehen hat.

Der Hauseigentümer lehnt ab, da nach seiner Meinung die Mieter die ihm von der Polizei auferlegte Verpflichtung erfüllen habe. Justizrat Wid klagte darauf gegen den Hauseigentümer beim hiesigen Amtsgericht. Dieses holte ein Gutachten der hiesigen Regierung ein. Dieses führte aus, daß das Halten eines Autos in einer Garage auch durch einen Privatmann einen Betrieb darstelle und infolgedessen der Betriebsleiter (Autobesitzer), nicht aber der Hauseigentümer für den Feuerlöcher zu sorgen habe.

Das Amtsgericht schloß sich dem an und gab die Klage ab. Auf die Berufung des Klägers hob das Landgericht diese Entscheidung auf und verurteilte den Hauseigentümer antragsgemäß. Es führte aus, daß es zünftig nicht darauf ankomme, an wen sich die Polizeiverfügung richte. Die Polizei könne sich sowohl an den Vermieter als auch an den Mieter halten. Im Verhältnis der Parteien zu einander sei aber der Eigentümer mangels einer vertraglichen Abmachung hierüber zur Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtung der Garage verpflichtet.

Der Kampf um die Rente

Die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen Unfall und Tod besteht, gehört immer noch zu den wohl am meisten umstrittenen Fragen in Rentenstreitigkeiten. Der folgende Fall zeigt, daß es auch aus anderen Gründen bestritten werden kann. Ein früherer Kaufmann, Herr B., nahm, um die Familie unterhalten zu können, eine Stelle als Bauarbeiter an. Er klagte zwar, daß die Arbeit ihm fürchterliche Anstrengung sei, aber er sei froh, eine Beschäftigung zu haben, um seine Familie zu unterhalten. Als er eines Tages beim Aufstellen der schweren Pumpe behilflich war und nachher noch schwere Arbeit mit Wasser eine Lösung hinauftragen mußte, brach er zusammen und starb plötzlich. Die Witwe verlangte nun Zahlung

Vor dem Spruchauschuß Um die bescheidene Arbeitslosen-Unterstützung

Tragische Bilder aus dem Erwerbslosendasein - Der Kampf um die Eingruppierung Kleine Betrügereien - Ordnungsstrafen bis zur 25fachen Höhe der täglichen Unterstützung

Im Arbeitsamt in der Sternstraße hat die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgelegte Gerichtsbarkeit, der Spruchauschuß, sein Domizil, der in Streitfällen bei Unterstützungsangelegenheiten entscheidet. Dreimal in der Woche tagt hier in einem kleinen Saale diese Instanz, die sich aus einem beamteten Vorsitzenden und je einem Arbeitnehmer und Arbeitgeberbesitzer zusammensetzt. Der Betrieb ist auf Massenabfertigung eingestellt. Dreißig, vierzig, ja sogar fünfzig Entscheidungen an einem Vormittage sind keine Seltenheit. Tragische Bilder aus dem Erwerbslosendasein werden sichtbar, aber eher sie einem recht zum Bewußtsein kommen, wird schon der nächste Fall behandelt.

Kurze Rede, Gegenrede. Der Sachverhalt wird in wenigen Sätzen klargelegt. So werden sechs bis acht Fälle verhandelt, dann zieht sich die Gerichtsbarkeit zur Beratung zurück, und dann kommen hintereinander die Urteile. „Ihren Einspruch wird stattgegeben“, oder: „Ihr Einspruch wird zurückgewiesen.“ Bei der Entscheidung im letzten Sinne kommt noch der lakonische Trost, daß einem die Urteilsbegründung noch zugestellt wird. Die Streitfälle werden schon vor der Verhandlung durch Ermittlungen klargestellt, es bedarf also keiner umfangreichen Beweisführung, aber trotzdem empfindet es der vor den Schranken des Spruchauschusses stehende Bitter, sich hier nicht weitgehend genug aussprechen zu dürfen. Bei vierzig, fünfzig Fällen ist die Zeit allerdings knapp, und schnell mit wechselnder Geierie rollt der Film des Glendes herunter.

Ein Sandhoffer, der von der Sonderfürsorge betreut wird, erhebt gegen diese Regelung Einspruch und verlangt Krisenunterstützung. „Sie bestritten, daß Sie unter die Sonderfürsorge fallen?“ „Ja!“ „Beratung. Der Einspruch wird abgewiesen. Für die Berufsgruppe ist die Krisenunterstützung nicht zugelassen.“

Der nächste, ein Wasserbauarbeiter erhebt Einspruch gegen einen Abzug von 2,50 Mark von der Wochenunterstützung. Er hat ohne sein Verschulden zu viel Unterstützung erhalten. Im ganzen 28,50 Mark. Das hat er gemeldet. Sofort wurde die Sache reguliert, und um sich schadlos zu halten, zog ihm die Verwaltung 2,50 Mark ab, um auf diese Weise den überzahlten Betrag zurückzubekommen. Dagegen protestiert er. Dem Einspruch wird stattgegeben, weil der Arbeiter kein Verschulden trifft. Die 15 Mark, die ihm ratenweise schon abgezogen worden sind, müssen wieder zurückgezahlt werden.

Ein anderer. Die Umstände, die ihn zum Einspruch veranlaßten, kommen erst gar nicht zur Sprache. Sein Einspruch erfolgte erst, nachdem bereits die vierzehntägige Einspruchsfrist verstrichen war. Wird aus diesem Grunde abgewiesen.

Ein Bauarbeiter, der schon Krisenunterstützung bezogen hat, erhebt Einspruch gegen die Eingruppierung in die Sonderfürsorge. Auf die Behauptung, daß für seine Berufsgruppe die Krisenunterstützung nicht in Frage kommt, da sie zu den Saisonberufen gehört, hat er nur die einzige Antwort: „Saisonarbeit? Ja, aber ich habe doch trotz der Saison keine Arbeit gehabt!“

Nach einer Anzahl Bauarbeiter haben die gleiche Beschwerde. Sie haben schon Krisenunterstützung bezogen. Immer wieder die Erklärung, daß das richtig sei, daß aber die Berufsgruppe nicht zugelassen und die „Rente“ deshalb eigentlich zu Unrecht gezahlt worden sei. „Das Wohlfahrtsamt hat doch selbst empfohlen, Einspruch einzulegen“, sagt einer, „von einer Stelle wird man immer zur anderen geschickt!“ Ein anderer wieder weist darauf hin, daß doch andere Berufsgruppen auch noch in der Rente sind. Der Vorsitzende zuckt bei allen Einwendungen nur mit den Achseln. Wieder einem anderen sucht er schließlich zu erklären, daß doch die Gewerkschaften selbst ihre Mitglieder befehlen. Aber dieser Hinweis erscheint dem Arbeiter unangebracht, denn er erklärt, daß er mit der Gewerkschaft nichts zu tun habe. Trotzdem

bringt er aber ein Stück Verbandszeitung zum Vorschein und verweist auf einen Erlaß des Reichsarbeitsministers. Während sich der Ausschuß zur Beratung zurückzieht, wird diskutiert. Die Entscheidung erfolgt in Laus und Bozen für alle Fälle. Die Einsprüche werden zurückgewiesen. Da aber der Beschluß nicht einstimmig erfolgt ist, besteht das Berufungsrecht gegen diese Entscheidung bei der Spruchkammer. Der als Beisitzer fungierende Gewerkschaftssekretär hat durch seine Gegenstimme das Berufungsrecht ermöglicht.

Der Spruchauschuß hat sich aber auch noch mit den kleinen Sünden zu beschäftigen, die zwar gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, deren Tun aber in manchem Falle auch menschlich verständlich ist. Da kommt einer, der den Verdienst seiner Ehefrau nicht angegeben hat. Dadurch hat er eine kleine Mark Unterstützung zu Unrecht bezogen. Entscheidung: Der überhöbete Betrag ist ratenweise von der Unterstützung zurückzuführen. Außerdem eine kleine Geldstrafe. Der Spruchauschuß kann Ordnungsstrafen bis zum 25fachen Betrag der täglichen Unterstützung verhängen, die durch Abzug von der Unterstützung einbehalten oder wie Gemeindeforderungen beigetrieben werden können.

„Sie haben einen Stempel in Ihrer Karte nachgemacht!“ ist die Auflage gegen einen anderen. Er gibt zu. Kurze Belehrung über Urkundenfälschung — eine Geldstrafe. Ein anderer hat einen Stempel ausgedrückt. Er erklärt, gearbeitet zu haben. Um nicht Unterstützung zu erhalten und dadurch Unannehmlichkeiten zu haben, will er die Natur voranommen haben. Auch dieser erliche Fälscher muß eine kleine Geldstrafe zahlen.

Die Kinder haben die Tinte auf die Karte gegossen“, erklärt der nächste, auf dessen Stempelkarte große Kleckse sind. Es kann so sein, die Tinte kann aber auch mit Unacht darauf gekommen sein, um das Freßeln eines Stempels unsichtbar zu machen. Mit einer Geldstrafe und dem Hinweis, daß die Stempelkarte so aufgehoben werden muß, daß sie den Kindern nicht erreichbar wird, wird auch dieser Fall abgeklärt.

Einem anderen wird nachgewiesen, daß er die Arbeitsbescheinigung gefälscht hat. Seine Frau hat auf dem Zeitel hinzugeschrieben, daß er zu der Arbeit nicht geeignet sei. Er hatte gehofft, dadurch der vierwöchigen Sperre zu entgehen. Die Anwendung gefunden der Tinte, weil er selbst die Arbeit niedergelegt hatte. Es wurde entbedt. Der Spruchauschuß verhängt eine Geldstrafe.

Dann kommt der Fall eines abgefeimten Unterstützungsabhängigen dran. Der Beschuldigte hat es vorgezogen, die Vorladung unbeachtet zu lassen. In Abwesenheit wird verhandelt. Er hat Krankengeld, Wohlfahrtsunterstützung und Krisenunterstützung zu gleicher Zeit herausgeholt und vermerkt. Wie er das fertig gebracht hat, wird nicht erörtert. Insgesamt hat er 321 Mark auf diese Weise erschlichen. Der Spruch des Ausschusses lautet: Normalige Ladung und bei wiederholtem Fernbleiben Ueberrage an die Staatsanwaltschaft. Ein letzterer Fall, der aber auch bezeichnend ist. Der ehrliche Arbeitslose wird verzögert, wenn man ihm — wie der Volksmund sagt — den Magen umdreht mit all den Fragen. Solche Vorkommnisse machen aber natürlich die Behörden mißtraulich gegen jeden. Die Ehrlichen müssen dann unter den Schikanen leiden, die solche Betrüger veranlassen.

So rollt dreimal wöchentlich ein Film voller Tragik herunter mit vielen Bildern aus dem Leben der Armut, wie es wirklich ist. So wünschenswert auch diese Entscheidungsinstanz im Rahmen der Betreuung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft sein mag, wünschenswerter wäre es jedenfalls, wenn sie überhaupt nicht in Funktion treten brauchte.

Urteil im Sparlaffenprozeß

Im Sparlaffenprozeß wurde heute früh das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: der Sparlaffensekretär Fritz Gröndel wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung und schwerer Beihilfe zur Amtsunterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis, der Sparlaffensekretär Karl Tannhäuser wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis, der Buchhalter Paul Birka wegen fortgesetzter Beihilfe zur schweren Amtsunterschlagung zu 2 Monaten Gefängnis, der Büroangestellte Franz Stanello wegen fortgesetzter Beihilfe zur einfachen Amtsunterschlagung an Stelle einer vierwöchigen Gefängnisstrafe zu 140 Mark Geldstrafe, der Angestellte Herbert Mager wegen fortgesetzter Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis, der Angestellte Kurt Michalek wegen fortgesetzter Unterschlagung zu 100 Mark Geldstrafe, der Konditorbesitzer Herbert Vogel wegen fortgesetzter Beihilfe zur Untreue zu 4 Monaten Gefängnis und der Angestellte Gotthard Sobranitz wegen fortgesetzter Beihilfe zur Untreue an Stelle einer Woche Gefängnis zu 70 Mark Geldstrafe.

Der Angeklagte Fritz Schega wurde freigesprochen.

bleibe der gerichtlichen Entscheidung überlassen. Die Berufungsgenossenschaft stellte sich nun auf den Standpunkt, daß jene Arbeiten das gewöhnliche Arbeitsmaß nicht überschritten hätten und weigerte sich, eine Rente zu zahlen, wogegen die Witwe Berufung einlegte.

In der Berufungsverhandlung machte der Vertreter der Klägerin geltend, daß der Verstorbene von Beruf Kaufmann war, und nur um für seine Familie sorgen zu können, die Stelle als Bauarbeiter angenommen habe; er habe auch ihm und anderen gegenüber stets geklagt, daß die Arbeit ihn fürchterlich anstrengte, aber, was solle er tun, um seine Familie zu ernähren. Die Gerichte, die B. am Unfalltag tragen half, beim Aufstellen der Pumpe, seien drei bis vier Zentner schwer gewesen, dazu kam unmittelbar das Tragen der schweren Wassereimer.

Das Gericht gab der Berufung der Klägerin statt und verurteilte die Berufungsgenossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente, deren Höhe von der Berufungsgenossenschaft festgesetzt werden soll; es sollen aber sofort an die Witwe 50 Mark bezahlt werden. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die schweren Arbeiten für B., der von Beruf Kaufmann war, eine ungewohnte Leistung waren und als Todesursache angenommen werden müssen.

Eine große Konditorei-Ausstellung in Breslau

Der Reichsverband selbständiger Konditoren Deutschlands, der alle zwei Jahre seine Mitglieder aus allen Landesteilen zu einer großen „Reichsbundestagung“ zusammenruft, hat in diesem Jahre als Tagungsort Breslau gewählt, der somit der Treffpunkt aller Bundesmitglieder in der Zeit vom 21. bis 29. Juni wird. Nicht nur tausende deutscher Konditoren werden zu dieser hochwichtigen Tagung in der schönen alten Hauptstadt Schlesiens erscheinen, sondern auch zahlreiche Konditoren aus dem Auslande haben sich zum Besuch der Tagung schon jetzt angemeldet.

Der Verband selbständiger Konditoren und Pflasterkuchler Schlesiens, z. B., sowie die Konditoren- und Pflasterkuchler-Zwangsgenossenschaft zu Breslau haben es sich zur Aufgabe gemacht, den großen Deutschen Bundestag mit einer Deutschen Konditorei-Ausstellung 1930 Breslau vom 21. bis 29. Juni zu verbinden, um allen zu diesem Bundestag erscheinenden Kollegen Gelegenheit zu geben, sich von den Fortschritten des Konditoreigewerbes auf dem Gebiete der modernen Technik und Industrie zu überzeugen. Die Ausstellung wird alle Zweige der vielseitigen Betriebsführung umfassen, hehnen Gruppen sind vorgesehen. Außerdem wird eine hochinteressante Schau von eigenen Erzeugnissen des Konditor- und Pflasterkuchlergewerbes den Berufsausstellern sowie den Vätern über die heutige Leistungsfähigkeit der Konditorkunst zugänglich geben. Jeder Geschäftsmann, der auf eine unbedingt erforderliche Weiterentwicklung seiner Betriebe bedacht ist, ist verpflichtet, Neuerungen und Verbesserungen jeder Art durch eigene Anschauungen kennen zu lernen und sich nutzbar zu machen. Dazu ist diese deutsche Konditorei-Ausstellung in erster Linie berufen.



# Musium

in neuer Weise

Die Not der Zeit, von der in ganz besonderer Weise die Angehörigen der freien, künstlerischen Berufe betroffen wurden, hat zu der Gründung des Gemeinnützigen Vereins „Musium“ geführt, der nicht nur der Pflege der Kunst dienen soll, sondern in der Hauptsache den beruflichen Musikbesitzenden, Musikern und Sängern beiderlei Geschlechts in ihrer bedrängten Lage Unterstützung und Förderung bringen will.

Hilfe und Unterstützung sollen durch Schaffung von Arbeits- und neuen Verdienstmöglichkeiten geboten werden.

Den Vorstand des Vereins bilden die Herren: Staatlicher Gartenbauinspektor Erbe, Direktor der städtischen Bibliothek, städtischer Konservatoriumsdirektor, Richard Fuchs (Vorstand), Konful Bankier Max Gittler, Frau Justizrat Julie Henke, Regierungsrat Huppelberg, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsamtes Breslau Otto Krause, Fabrikbesitzer Hans Lamort, Direktor Wlly Meyer, Stadtrat D. Tisner und Oberregierungsrat Wagner, ständiger Stellvertreter des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes Schellen.

Es wird begehrt, daß sowohl der Magistrat der Stadt Breslau durch sein Wohlfahrtsamt, wie auch Arbeitsamt Breslau und Landesarbeitsamt Schellen, dem so dringend notwendigen gemeinnützigen Unternehmen ihr Interesse durch aktive Beteiligung ihrer leitenden Stellen zum Ausdruck gebracht haben.

Zur Erreichung seiner Ziele bedient sich der Verein seines Instituts „Musium“, dessen künstlerische und geschäftliche Leitung in den Händen der Direktoren Wlly Meyer, des langjährigen Breslauer Konservatoriumsdirektors und Dirigenten, liegt.

Das Institut umfaßt vorerst: sachgemäße Beratung für alle Zweige der Kunst und Eignungsuntersuchungen, selbst in Verbindung mit dem Berufsamt des Arbeitsamtes, ferner Nachweis geeigneter Lehrkräfte, Einrichten von Fortbildungskursen, Umgehungen, Erziehen und Ausbilden von Orchestern und Chören jeder Art, Schaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten.

Das Institut wird sein besonderes Interesse der Verbesserung und Veredelung der musikalisch-künstlerischen Ausstattung der Beerdigungsfestlichkeiten sowie der Pflege der Hausmusik zuwenden.

Verusammler und -sänger beiderlei Geschlechts, die sich der Tätigkeit des „Musium“ bedienen möchten, wollen sich schriftlich oder mündlich (wochentags 8 bis 10 Uhr, außer Sonntagen) an das Büro, Zimmer 44a des Wohlfahrtsamtes Ritterplatz 1 (Eingang Schühbrücke), wenden. Fernsprecher: Magistrat 3257, Wohnung des Direktors: 54871.

Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß der Gemeinnützige Verein „Musium“ zahlreiche Gönner finden möge, die seine Bestrebungen durch Annahme der Mitgliedschaft (Jahresbeitrag 5 Mark) unterstützen. Gefällige Anmeldungen werden an das Büro des Vereins, Wohlfahrtsamt, Breslau 1, Ritterplatz 1, oder an den Schatzmeister, Konful Max Gittler (Bankhaus Max Gittler), erbeten.

## Bekämpfung des Kartoffelkrebes

Die der Volksernährung durch die Ausbreitung des Kartoffelkrebes erwachsende Gefahr ist sehr groß; sie ist es besonders in einer Stadt wie Breslau, in der die Bevölkerung auf einen verhältnismäßig engen Raum dicht zusammengedrängt ist. Der Magistrat, dem auf Grund einer ministeriellen Verordnung vom 27. 8. 1924 — veröffentlicht im Breslauer Gemeindeblatt Nr. 41 von 1924 — die Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes obliegt, hat daher im Einvernehmen mit der Hauptstelle für Pflanzenschutz bei der Landwirtschaftskammer angeordnet, daß im Bereiche des alten Stadtgebietes und in Wilhelmstreu nur noch als Krebsstiefel anerkannte Kartoffelarten angebaut werden dürfen. Dasselbe wird den eingemeindeten Ortschaften vom Magistrat dringend empfohlen.

Auf Wunsch geben die Hauptstelle für Pflanzenschutz bei der Landwirtschaftskammer Breslau, Marktplan 5, und das Städtische Kleingartenamt, Breitestr. 25 (Fernsprecher Magistrat 2982), Zusammenstellungen der als Krebsstiefel anerkannten Kartoffelarten.

Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß nach der oben genannten Verordnung vom 27. 8. 1924 alle Krebsverdächtige Erscheinungen an ausgespalteten oder ausgespalteten Kartoffeln binnen vier- undzwanzig Stunden der Gemeindebehörde (in Breslau: Kleingartenamt, Breitestr. 25) anzuzeigen sind. Weiter dürfen Krebskrankheiten oder auf verdächtigem Feldern geerntete Kartoffeln nicht als Pflanzkartoffeln verwendet und nicht ohne polizeiliche Erlaubnis aus dem Betriebe, in dem sie angebaut worden sind, entfernt werden. Rüstkünder der Kartoffelpflanzen auf den Feldern und Kartoffelabfälle müssen vernichtet werden.

## Theater und Musik

### Konzert des Gesangsvereins Breslauer Lehrer

Der Gesangsverein Breslauer Lehrer erfüllte mit dem Konzert, das er am Montag für Schüler und Schülerinnen im Konzerthause veranstaltete, eine vornehme künstlerische und didaktische Aufgabe. Studienrat A. Kumant, der verantwortliche musikalische Leiter, hatte ein anziehendes, nicht zu schweres, abwechslungsreiches und doch einheitliches Programm zusammengestellt, das alle Wünsche betriedigte. Der Lehrergesangsverein und der ihm angegliederte Motettenchor sang unter seiner anregenden Führung vornehmlich Chöre, die Gemeingut der Musikliteratur sind, und zu denen die jugendlichen Hörer durch die Kenntnis der Texte in besonders enger Beziehung standen. Sämtliche Chöre zeichneten sich durch lebenden Chorklang, sorgfältige Sprachbehandlung und geschmackvolle, dem Charakter der einzelnen Kompositionen Rechnung tragende dynamische Nuancierung aus. Volle Anerkennung fand die Wiedergabe dreier Schubertlieder durch den Tenoristen Bruno Jagiński, der mit dem warmen Ton seines in der Mittellage besonders gut ausgeprägten Organs die Hörerschaft zu begeistern vermochte. Frau Käthe Strömmer begleitete den Sänger mit Anpassung und künstlerischem Geschmack. Die Spielvereinigung des Realgymnasiums am Zwinger (Hans Seichter, Heinz Rechenberger, Heinz Weigelt, Fritz Golla), die sich bei einem Schulsche ohne Zweifel bewährt hätten, sollte zu dieser Veranstaltung jedoch nicht herangezogen werden. Der Schüler ist bekanntlich der höchste Kritiker, und auch für ihn gilt der Satz, daß das Beste gerade gut genug ist. Es wäre sehr erwünscht, wenn die durch das Konzert gegebene Anregung nicht im Sande verlaufen würde. Eine Fortführung ist im Hinblick auf die Ziele der gegenwärtigen Schulmusik durchaus erwünscht. Der künftige Gewinn wird ja bei den billigen Eintrittspreisen nicht groß sein, aber der ideale sollte doch hierbei wenigstens den Sieg über den materiellen davontragen. Das Publikum ist wie wir sehen, sehr dankbar, und die Aufgabe in dieser Hinsicht wichtiger als einer der so vielen mittelwichtigen oder wichtigen Solistenkonzerte.

### Neues Volks-Sinfonienkonzert

Es ist nicht zu verkennen, daß das alte Volks-Sinfonienkonzert der Philharmoniker trotz der lehrreichen Mitwirkung Wilhelm Kempffs schwächer klang als die vorerwähnten. Die Schuld dürfte wohl dem Programm zu suchen sein, das zwar selten geläutert, aber darum doch nicht ungenügend wurde. Das Hauptverfehlen des Konzerts war, wie sehr erwidert, Chopins Klavierkonzerte in G-Dur, das Wilhelm Kempff meisterhaft interpretierte. Das Werk erfüllt in sich selbst, die von einer kleinen, schillernden Virtuosität umgeben, die dem Orchester ist eine so lebendige Stellung eingeräumt, daß man bei Verzicht auf seine Mitwirkung an dem bloßen Klavierkonzert keine Freude des Konzertes hätte. Das formale Spiel — exemplarisch für das Musikschaffen in der

2 1/2 Stunden Unterhaltung für nur 50 Pl. in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

Der Dieb von Bagdad mit Douglas Fairbanks

Die erwachende Sphinx

Jugend hat Zutritt \* Uebliche niedrige Preise!

Zum Verhandlungen gegen die Verordnung sind Kräfte.

Eine neuerliche Bekanntmachung des Magistrats über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes ist im Breslauer Gemeindeblatt Nr. 10 vom 8. 8. 1924 veröffentlicht.

## Ferienonderzüge im Sommer 1930

Mit diesen Wägen entsprechend gibt die Reichsbahndirektion Breslau die Ferienonderzüge bekannt, deren Verkehren sie für den Sommer 1930 in Aussicht genommen hat. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß diese Angaben unverbindlich sind, denn die Züge können endgültig erst in der zweiten Hälfte des Monats mit den beteiligten Direktionen festgelegt werden. Die genauen Angaben werden dann sofort veröffentlicht.

In Aussicht genommen sind folgende Züge:

- a) von Breslau Hbf.
  1. Nach München am 4. Juli und 3. August.
  2. Nach Frankfurt (Main) am 8. Juli und 2. August.
  3. Nach Ehenach am 3. Juli.
  4. Nach Köln am 8. Juli und 1. August.
  5. Nach der Offee und zwar
    - a) Nach Straßund Rügen am 3. und 5. Juli und 1. August.
    - b) Nach Swinemünde—Heringsdorf—Carlshagen—Trassenheide am 8. Juli und am 1. August.
    - c) Nach Kolberg—Röslin am 3. Juli und am 1. August.
    - d) Nach Wisdrov—Dievenow am 3. Juli und am 1. August.
    - e) Nach Stettin am 18. Juli.
  6. Nach Hamburg am 3., 4. Juli und am 1. August.
  7. Nach Bremen am 4. Juli und am 1. August.
  8. Nach Königsberg (Pr.) am 1., 3. Juli und am 4. August.
- b) von Görlitz nach Straßund—Rügen—Swinemünde—Heringsdorf—Carlshagen—Trassenheide—Wisdrov—Dievenow—Kolberg am 4. Juli.
- c) von Biegnitz nach Straßund—Rügen—Swinemünde—Heringsdorf—Carlshagen—Trassenheide—Wisdrov—Dievenow—Kolberg am 4. Juli.

## Freidenterjugendfeier

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses soll am Sonntag, den 30. März, 9.30 Uhr, die erste, vom Verband für Freidenterium und Feuerbestattung veranstaltete Jugendfeier abgehalten werden. Ein Künstlerquartett, Mitglieder der Schloßschen Philharmonie, gebildet von den Herren Konzertmeister Rosenthal (1. Violine), Reimann (2. Violine), Küler (Viola) und Art (Cello) bringt Musik von Beethoven. Die Schüler sämtlicher Oberlassen der Breslauer Sammelkassen singen einige Lieder. Die Ansprache hält Genosse Karl Wietich. Der Sprecher der SAJ, trägt das Sprecherspiel „Seid geweiht“ von Bruno Schönant vor. Die Kinder erhalten für ihre Angehörigen vier Eintrittskarten frei. Gänge zahlen einen Beitrag von 20 Pf. Karten sind ab Montag, den 24. März, bei den Zahlstellen in Empfang zu nehmen. Da die Schloßsche Funktionäre A.G. dankenswerter Weise eine Uebertragung durch die Sender Breslau und Gleiwitz zugesagt hat, müssen bereits 9.20 Uhr die Plätze eingenommen sein. Später Kommende finden keinen Einlaß. Die Feier ist um 11 Uhr zu Ende.

## Ausflug für Arbeiterwohlfahrt

Sprechstunden finden jeden Dienstag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 17, 1. Stod, statt, nicht wie bisher Zimmer 10. Auskunft in allen Wohlfahrtsangelegenheiten.

**Sozialdemokratische Partei**

Partei-Verwaltung:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 187-120  
Telefonnummern 39060-5000  
Schlüsselkastennummern 8-1 und 4-2

**Veranstaltungs-Notizen**

Können in Zukunft nicht mehr auf telephonischem Wege unserer Redaktion entgegenkommen werden. Wir bitten die Vereinsvorstände, ihre Organisations-, Gruppen- und Leiter zu veranlassen, derartige Notizen schriftlich an Zentralen weiterzugeben, die sie uns dann nur noch schriftlich übermitteln möchten. Durch anderweitige starke Sprachschwierigkeiten unserer Fernsprechanlagen sind wir gezwungen, diese Nachrichten zu treffen, im übrigen hat auch der Redakteur ein Recht auf möglichst ungestörtes Arbeiten.

**Kapp-Butsch bis Wiener Jugendtag**

Zu einem Lichtbildvortrag, der die historischen Ereignisse dieser Zeitspanne behandelt, laden die Jungsozialisten Sonntag ein. Ort: Cecilienstraße, Anfang 20 Uhr.

Erweiterter Parteivorstand: Freitag 20 Uhr Sitzung im Zimmer Gewerkschaftshaus.

Mitgliederversammlung, den 22. März, 20 Uhr, bei Krause, Cecilienstraße 17.

Mitgliederversammlung, den 22. März, 20 Uhr, bei Rothmann, Gendarmenpl. 17.

Zum Verhandlungen gegen die Verordnung sind Kräfte.

Eine neuerliche Bekanntmachung des Magistrats über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes ist im Breslauer Gemeindeblatt Nr. 10 vom 8. 8. 1924 veröffentlicht.

## Wochenplan der Sozialistischen Arbeiterjugend

- Heim 1 (Städtisches Jugendheim an der Katholischen Kirche), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 2 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 3 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 4 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 5 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 6 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 7 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 8 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 9 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.
- Heim 10 (Karaide im Hofmännchen), Freitag: 19 Uhr, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“.

## Von den Arbeiterfreunden

Mitteilung 1. Alle Jungsozialisten sind Sonntag 9 Uhr in der Parade zum Militärparadeplatz.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

Geschäft Breslau 1, Oblicher Str. 44, u. Tel. 5927

In dieser Woche finden folgende Kameradschafts- und Werbeveranstaltungen statt:

Heute Donnerstag 20 Uhr: Kameradschaftsversammlung im „Jägerhof“, Gröblichener Straße 181/183, über Berlin.

Freitag, den 21. März, 20 Uhr: Kameradschaftsversammlung im „Vergeltet“, Reichshausstr. 38, über die Kameradschaft.

Sonntag, den 22. März, 20 Uhr: Kameradschaftsversammlung im „Vergeltet“, Reichshausstr. 38, über die Kameradschaft.

## Sexualberatung, Neue Taschenstraße 25

Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag 18 1/2 bis 20 1/2 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangelegenheiten sind nicht erforderlich.

## Hochblüte der Romantik

birgt nur sehr wenig musikalische Potenzen. Wenn die Wiedergabe des Publitum trotzdem stark kannte, ist es allein das Verdienst Wilhelm Kempffs, was wiederum nur ein Beweis dafür ist, daß der den Händen eines wirklichen Künstlers auch ein schwaches Werk an Format gewinnt. Der virtuos, grundmusikalisch und technisch über alles versierte Solist wurde wie selten jemand gefeiert. Hermann Behrs Orchesterbegleitung war geschickt angelegt und trug wesentlich zu dem Erfolg bei. Sehr schön gelang Hermann Behr ferner der Aufbau und die Realisierung der Klangwirkung in der hier lange nicht mehr gehörten Serenade Opus 85 von Reger. Das Werk in seiner formalen Gestaltung den allgewohnten Rahmen einer Abendmusik sprengend, trägt den starken Ausdruck eines musikalischen Barock, der in der Beweglichkeit seiner Thematik und der Lustigkeit seiner Instrumentation dem Opernreigen verwandt ist als dem deutschen. Aus einem fast 50jährigen Schlaf hatte man das Opus 85-Dur-Sinfonie geweckt. Nun kann sie weitere 50 Jahre bis zum nächsten Aufbruchstage schlummern. Wir haben sie gehört und glauben der kommenden Generation gehen zu können, daß ihr nichts entgeht, wenn sie ihr vorzuenthalten wird. Hermann Behr zeigte vor allem im Schlußsatz Momente unwiderstehlicher Freude an der Realität dieses einfach gebauten Werkes, das im Anbante wenig Plastik besitzt und dessen Allegrolebendigkeit eine rein motorische ist.

## 7. Schülerkonzert des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler

Das vorgeschriebene Schülermaterial war letzter Meist nicht sehr vielversprechend; noch Art, noch Grad der Ausbildung, noch Eignung so verschieden, und doch kaum ein Ton, der aufstachen mochte. Freilich steht hier wie in jedem Schülerkonzert der Schüler ein für die Leistung des Lehrers. Aber so sehr fruchtbar auch die Vergleichung der verschiedenen Methoden an einem Abend sein kann, so sehr wird die Urteilsfähigkeit eingeschränkt durch die ebenangegebene Aufnahme- und Wiedergabefähigkeit des einzelnen Schülers. Wenn nun aus jeder Schule nur ein einziger gehört werden kann, bleibt eben doch der kritische Zweck der Veranstaltung problematisch. Es bleibt übrig, die Leistung der Vortragenden abzumägen mit allem Vorbehalt, daß freilich keine fertige Reife erwartet werden kann.

Schon und pianistisch beachtete spielte der Pianist-Schüler Hubert Schmidt die Partita Nr. 5 von Bach; der Ton ist rund und lebhaft, die Phrasierung klar, aber es fehlt noch die innere Anlehnung, bei aller Richtigkeit der Auffassung des Wärens der musikalischen Gesetze. — Groß, aber hart R. Ursula Hillers spielte — nicht unpassend bei ihrer Lehrerin Frau Wolf — die achtjährige Gungwahrscheinlich begleitete. Hier ist noch alles schillerhaft verziert, von Chopins romantisch-weiher und selbstschmerzlicher Verzweifelt keine Spur; eine herbere Aufgabe dürfte der Spielerin besser liegen. Ebenso wenig vermag Hildegard Knechtbauer noch den eigentlichen Reiz der Kinderliedern von Schumann auszubilden, die fesselnde Ähnlichkeit aus-

## Der junge Walter Dietrich spielte Blottis Violonkonzert in G-Dur mit großem, jugendlichem Strich und Überzeugen der musikalischer Frische. Wenn seiner jungen hasten Sprödigkeit schon jetzt gelegentlich eine gefangene Kantilene sich mischt, ist das ein gutes Vorzeichen; die Fogenführung ist oft noch ungenert (keine Handgelenktechnik), die geistige Durchdringung aber nur dem jugendlichen Alter entsprechend, aber Sicherheit und Griffestigkeit sind in guter Ordnung. Ganz ausgezeichnet war die Begleitung von Georg Stiller, Schüler von Frau Kluge-Hübner, geistvoll und fein.

Nun die Vokalmusik: Hanni Weich, Schülerin von Frau Edelmann-Matene, besitzt einen schon quellen und warm getönten Sopran, besonders gut anknüpfendes Kopfrezitat. Ihre Stimme ist recht gut geschult, die musikalische Auffassung reif und intelligent. Die tiefinnerlichen Lieder des großen Stuttgarter Komponisten Joseph Haas fanden eine verständnisvolle Begleitung auch von Seiten der feinfühlig Begleiterin Trude Stiller. — Zwei Koloraturstimmen: Gabriele Rothemann, die in der Mittellage ist schwach und verhaucht im Ansat, das Höhenregister noch ganz ungleich, kurz, das an sich ansprechende Organ ist keineswegs durchgeschult auch die Aussprache läßt an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Käthe Palleskis große Stimme ist noch zu prüfe für die Bechtheit und Zartheit der Koloratur, zudem die Atemführung unbeherrsch, kein Ton ruhig ausgeföhren, die Tonbildung als Grundlage sollte vorläufig mehr beachtet werden. Konrad Böhm sang drei Lieder mit gutem Verständnis. Die Aussprache ist zu offen, der Ton dadurch zu flach. Das Forte hat hohen Lagen hat Klang, es mühte die Mittellage besser geschult der Ton herausgehoben werden. Sodann ist anzumerken, daß Schuberts „Doppelgänger“ ein Liebes, also eine geschlossene Form ist, die kein Herausstreuen ins Dramatische begehrt trägt, so tragisch der Gehalt sein mag. So liebhaft schloß der Mahler und Wolf gesungen wurden, muß auch Schubert aufgeführt werden.

## Obere-Theater

Das wegen Erkrankung des Herrn Barja an Stelle von Stefan Zweigs „Lamm des Armen“ für einige Tage wieder in den Spielplan aufgenommene Lustspiel „Korporation“ wurde gestern abend von einem vollen Hause mit großer Begeisterung bedacht.

Helene Dietrich spielte an Stelle von Frau Engel-Reimers die dankbare Rolle der Frau Upheben. Die temperamentvolle Frische gab sie das junge Gräfinchen, die ordinären Jargon-Länge kommen bei ihr seit der „Dreieroper“ mit noch verblüffenderer Schärfe heraus. Obwohl geschult war ihre 20 Jahre Ältere, durch den Klippfing-Handel, der wohlwollende Kleindürgerin, der die vorgeschriebene mittelalterliche Sentimentalität ausgezeichnet stand. Ihre eigene Freude an dem heiteren Spiel mit seiner tiefsten Bedeutung teilte sie mit dem Publikum unmittelbar mit. Auch die sonstige Aufführung war frisch und unverkaut.



Ausstellung Schlesiens Biedermeier Unter diesem Titel wird Ende März in den Räumen des Generalstabskommandos in Breslau eine Ausstellung...

Eltern und Genossen von Zimpel! Am Sonnabend, dem 22. März, abends 7 Uhr, findet bei uns ein Elternabend...

• Von der Feuerwehr. Gestern kurz vor 11 Uhr wurde die Feuerwehr nach Grimsstraße 11 alarmiert. Hier war in einer...

• Kraftfahrzeugpost nach dem Entengebirge. Bei gegenseitiger Beteiligung verkehrt am Sonntag, dem 23. März, ab 7 Uhr...

• Wohltätigkeitsfest der Breslauer Feuerwehr. Im Gegensatz zu anderen großstädtischen Berufsfeuerwehren ist die Breslauer...

• Einbruch in eine Gaststätte. In der Nacht zum 19. März verübten Diebe in die Gaststätte von Robert Stephan...

• Grobe Unvorsichtigkeit. In einer Bodenkammer des Hauses Krasnauerstraße 9 bemerkte vorgezogen ein Hausbewohner...

• Mit voller Wucht in ein Fuhrwerk hineingerast. Vorgezogen fand fuhr auf dem Verbindungsweg zwischen Maria-Höfen und...

• Freitod wegen Arbeitslosigkeit. In seiner Wohnung in der Neuen Waldenstraße wurde am Mittwoch früh der Bau-

Arbeiter-Sport

Handball-Serienspiele am Sonntag, dem 23. März

- Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter. Männer-A-Klasse, Gruppe Ost: 15.30: J.B.V. - 8. Abteilung; Stadion; Tschann...

Erweiterter Parteivorstand Freitag, 21. März, 1930 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschafts-Hauses, Sitzung.

Donnerstag, 20 Uhr, im Rautenhof, Talsenstraße, Zeichenaal der letzte Schulungsabend der Partei statt. Genosse Schramm spricht über das Thema „Liberalismus, Faschismus, Bolschewismus, Sozialismus.“

- Jugend-A-Klasse, Gruppe West: 9.00: 7. Abteilung - Mochern; Eichenpark; Kurbed. 9.30: Nordost - 5. Abteilung; Dswitz; Tschann...

Fußball-Serienspiele vom 23. März (Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Vereine, Platz, Schiedsrichter.)

- A- und B-Gruppe: 15.30: Falke I - Südost I; Neulirch; Saale. 15.30: Falke II - Südost II; Neulirch; Fischer (1928)...

Bezirksvorstand. Wegen Nichtbeachtung der Bezirksrechnung haben am 23. März folgende Vereine Spielverbot: Spielvereinigung 1921, U.S.V. Fortschritt, S.C. Blau-Weiß, U.S.V. Freiheit...

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Jugendgerichtswettbewerb, Wettbewerb im 22. März, Meldungen der Kampfrichter an Hans Tiesel, Borwertstraße 79.

Wassersport Freie Rudervereinigung, Jugendabteilung, heute Ceciliauskaule: Arbeitsgemeinschaft - Mittwoch, den 27. März: Vorstandssitzung bei Genossen Wobli.

Neu-Breslau Maria-Höfen. Ein Muster von Jugendpflanz ist der Arbeiter-Bischhof, der erst wieder am vergangenen Sonntag einen Arbeiterportier von hier mit Ehrfurcht bedachte...

Amtl. Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Wachst. auch mit Quecksilber verbunden.) Der dem Zentrum der Bildung 40 Z. das ist heute morgen über Nordwestdeutschland...

Table with 4 columns: Station, 19.3, 20.3, 19.3, 20.3. Rows include Ratibor, Neisse (Stadt), Neisse (Land), Biele, Trefsen.

Breslauer Produktenbörse vom 19. März 1930

Table with 4 columns: Artikel, 19.3, 18.3, 19.3, 18.3. Rows include Weizen, Roggen, Hafer, Braugerste, Sommergerste.

Amtl. Wetterbericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Table with 4 columns: Artikel, 19.3, 18.3, 19.3, 18.3. Rows include Kaffee, Weizen, Hafer, Sommergerste, Infanterie.

Amtl. Wetterbericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Table with 4 columns: Artikel, 19.3, 18.3, 19.3, 18.3. Rows include I. Rinder, II. Rinder, III. Rinder, IV. Rinder.

Amtl. Wetterbericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Table with 4 columns: Artikel, 19.3, 18.3, 19.3, 18.3. Rows include V. Rinder, VI. Rinder, VII. Rinder, VIII. Rinder.

Amtl. Wetterbericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Table with 4 columns: Artikel, 19.3, 18.3, 19.3, 18.3. Rows include IX. Rinder, X. Rinder, XI. Rinder, XII. Rinder.

Amtl. Wetterbericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Die Charaktere bei Genossen. Unter diesem Titel hat die Firma Centamer wiederum eine sehr nette Veranstaltung ausgeschrieben...



# Ein „heimatländischer Protest“

## Kommentar zur Abstimmung im Reichsrat

Die „Schlesische Volkszeitung“, das Zentrumsorgan Breslaus, ist von Natur aus sanfter Gemütes, es liebt die Ergebenheit in Gottes und des Zentrums Führung. Wenn aber Sozialdemokraten anderer Meinung sind oder gar einen selbsthätigen politisierenden Dornhörn zu kritisieren sich unterziehen, dann stellt sie sachkundig „alle Klauflust“ fest und schreibt:

In der „Volkswacht“ ist, kaum, daß das Thermometer steigt, die alte Klauflust wieder eingekehrt. Im 11. März stimmte der Reichsrat über den Youngplan und das Polenabkommen ab. Gegen das Polenabkommen sind sämtliche Ostprovinzen, der Vertreter Niederschlesiens enthält sich der Stimme. Das ist acht Tage später schon dem sozialdemokratischen Blatt in Breslau ausfallen und es richtet an den niederschlesischen Reichsratsvertreter die hochgemute Frage: „Herr Otto, wohin des Wegs?“

Es fällt uns nicht ein, auf die einseitigen Ausführungen des Sozialistenblattes näher einzugehen, das behauptet, es handle sich um eine Lebensfrage der Provinz Niederschlesien und Dr. Otto hätte mit Ja stimmen müssen. Sämtliche anderen Ost-Vertreter haben mit Nein gestimmt und damit gerade die Bedenken des Ostens gegen den Vertrag zum Ausdruck gebracht. Das war gewiß eine Geste, denn das Abkommen wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen, aber es war eine Geste der Ostprovinzen, welcher sich auch der Vertreter Niederschlesiens nicht ganz verschließen durfte. Bei der Abstimmung im Reichstag ist ebenfalls diese Stimmung der Ostmark recht nachdrücklich durch Nein-Stimmen und Enthaltung zum Ausdruck gebracht worden. Das hat mit der von der „Volkswacht“ angeführten „Doppelschöpfung“ zwischen Polen und Deutschland gar nichts zu tun, sondern war ein zwar nicht in die Entscheidung, aber doch ins Gewicht fallender heimatländischer Protest gegen die vielfachen Nachteile, welche dieses Abkommen für Deutschland, für Preußen zumal und die Deutschen in Polen entfällt. Rein Geringerer als Hindenburg nahm mit allem Ernst von diesem Protest Kenntnis und unterzeichnete erst nach längerer Bedenkzeit.

Weshalb wir die sozialdemokratische Polemik überhaupt festhalten? Weil sie auch den anderen, z. B. den schmolendenden Deutschnationalen, ein Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung ist: daß im Provinzialtag das Zentrum eine selbständige Politik wie überall sonst macht.

Wir haben auf die Quo vadis-Frage der „Volkswacht“ nur die Antwort: Bravo, Dr. Otto!

So, nun wissen wir es also. Weil auch der, ja immerhin begabte und keineswegs mit den Stimmen des Zentrums gewählte Reichspräsident erst — nach längerer Bedenkzeit (vielleicht erklärt uns die „Volkswacht“ den politischen und rechtlichen Unterschied zwischen einem sofort und einem nach Bedenkzeit unterzeichneten Staatsvertrag) unterzeichnete, deshalb hielten die Ostprovinzler im Reichsrat es für geboten, in ihrem „heimatländischen Protest“ die Engstirnigkeit des Ostnationalismus unabweisbar zum Ausdruck zu bringen, die Bestriedung zwar nicht zu verhindern — es war ja nur eine Geste — aber immerhin nicht mitzumachen. Leider verschweigt die „Volkswacht“ die „vielfachen Nachteile“, denen doch wohl auch einige Vorteile, nicht zuletzt die Sicherstellung tausender Bauern deutscher Nationalität auf ihrem Boden in den polnischen Ostwojewództen gegenüberstehen.

Über das bürgerliche Nationalempfinden reicht, wie das Zentrumsblatt in bemerkenswerter Selbsterkenntnis feststellt, eben nur bis zur Geste. Zur Tat fehlt der Mut und die Entschlossenheit, die Zivilcourage. Die nationale Tat, mit dem Liquidationsabkommen die unseligen Folgen der ostpreussischen Ostmarkenpolitik für die Angehörigen der jetzigen deutschen Minderheit abzubauen, die steht für uns pazifistischen, gottlosen und internationalen Sozialdemokraten allerdings höher, wie die heimatländischen Proteste jener, die offenbar nach rechts hin die Tuschführung nicht verlieren wollen und sich daher mit der Konstatierung unserer „Einfalt“ gleich bei den Deutschnationalen in empfehlende Erinnerung bringen.

## Genosse Schubert, kommissarischer Bürgermeister von Waldenburg

Amtlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die sich voraussichtlich noch längere Zeit hinausziehende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in der Disziplinarangelegenheit gegen den Oberbürgermeister Wiesner in Waldenburg hat sich die Regierung Breslau wegen der besonders schwierigen Verhältnisse in Waldenburg genötigt gesehen, die Oberbürgermeisterstelle in Waldenburg kommissarisch zu besetzen. Sie hat dazu Landrat Schubert in Neutode bestimmt.

Mit der Vertretung des Landrats in Neutode ist der Kommunaloberrent der Regierung Breslau, Regierungsrat Genosse Middelhaufe beauftragt worden.

## Dr. Wiesner erwidert

Er wünscht, daß ihm geglaubt wird

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, erhielt folgende Zuschrift des suspendierten Oberbürgermeisters Dr. Wiesner:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 12. d. Mts. hat Herr Stadtverordneter Klambt über den Zivilprozeß der Stadt gegen die Hallebant berichtet. Er hat dabei die Behauptung aufgestellt, ich hätte mit der Hallebant einen Scheinvertrag abgeschlossen und die städtischen Körperschaften getäuscht. Gegen diese mich schwer kränkende Unterstellung muß ich scharfsten Einspruch einlegen. Ich habe weder einen Scheinvertrag abgeschlossen, noch den städtischen Körperschaften falsche Angaben gemacht. Der Vertrag entspricht vielmehr den wirtlichen Tatsachen.

Wenn die Berliner Gerichte in dem vorliegenden Zivilprozeß den wahrheitswidrigen Auslagen der Stadt an der Sache beteiligten Geldvermittler Glauben geschenkt haben, so trifft mich hierfür keine Schuld, denn einmal konnte ich infolge meiner Amtsausübung diesen falschen Darstellungen nicht entgegen treten und dann haben die vielen unbedarftigen und das übliche Maß weit überschreitenden Preisangebote gegen mich wesentlich dazu beigetragen, meine auch durch den Zeugen Bringa geklügelten Sachdarstellungen unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Dies hat dem Gegner die Prozeßführung erleichtert und der Stadt geschadet.

Ich habe auf dieses Moment bereits im September 1929 als mir zum ersten Male die Aktien zur Veräußerung vorgelegt wurden, hingewiesen. Im übrigen habe ich bisher genügend gezeigt, daß ich alle Tatsachen so dargestellt habe, wie sie sich in Wirklichkeit verhalten, ohne etwas zu verbergen oder zu beschönigen. Dies ist

in allen Gerichtsverhandlungen und Urteilen auch anerkannt worden.

Unter diesen Umständen darf ich wohl Anspruch darauf erheben, daß mir geglaubt wird, wenn ich zu Unrecht angegriffen oder verleumdet werde.

## Wie im Detektiv-Film

Ein einbrechendes Kleeblatt und der ahnungslose Schatz

Die Grünberger Polizei verhaftete dieser Tage drei junge Leute, die in Grünberg einen raffinierten und ertragreichen „Kleeblatt“ unternommen hatten. Wie im Detektivfilm händelte einer von ihnen mit dem Dienstmädchen des Kaufmanns Wenzel an, begleitete seinen Schatz, als der Kaufmann verreist war, in die Wohnung, und laute bei dieser Gelegenheit den Schlüssel der Geldkassette, worauf man harmlos späteren ging. Wie von ungeheißer Kraft das Märchen die beiden Freunde, denen geschickt der Schlüssel zugesteckt wurde, ohne daß das ahnungslose Mädchen etwas davon merkte. Während des Spaziergangs mit dem netten jungen Mann drangen die beiden anderen in die Wohnung des Kaufmanns, öffneten mittels des Schlüssels die Kassette und stahlen mehrere tausend Mark.

Einer der jungen Leute klebete sich vom Kopf bis zum Fuß völlig neu ein; den anderen lag mehr an der Weltstadt Berlin und ihren Genüssen, wohnen sie alle drei bald abkampfen, um als vollendete Lebensmänner das Geld mit vollen Händen hinauszuerwerfen. Schließlich wollten sie nach Polen. Indessen Polens Schlagbaum öffnete sich ihnen nicht, und so ging die Reise nach Grünberg zurück, wo man ihrer halb habhaft wurde. Man fand bei ihnen fast nichts mehr vor. Das unter dem Verdacht der Mittäterschaft ebenfalls festgenommene Dienstmädchen wurde als unbeteiligt wieder auf freien Fuß gesetzt.

## DS. will polnische Schweine

Die Fleischer melden sich

Die zu einem Angstkomplex neuropathischer Natur gewordene polnische Schweinefrage hat bekanntlich bei dem Zustandekommen des polnisch-deutschen Handelsvertrags eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Trotzdem die Schweinepreise in Polen durchaus nicht immer billig waren, trotzdem das zur Debatte stehende Einfuhrkontingent nur einen geringen Prozentsatz der deutschen Schweineerzeugung ausmachte, hekten die ostdeutschen Landwirte jahrelang maßlos und sinnlos gegen die angeblich ruinöse Einfuhr. So wurde denn die nunmehr zugestandene, sehr begrenzte polnische Schweineerzeugung vom Osten Deutschlands abgelehnt. Wozu sollten die Proleten in Ostdeutschland auch billiges Schweinefleisch essen? Sie sollen die Landwirtschaft stärken.

Aber allen Leuten recht getan — Jetzt kommen die ober-schlesischen Fleischer und beschweren sich, daß sie — keine polnischen Schweine bekommen. Auf einer Obersektionstagung der ober-schlesischen Fleischer wurde eine ausführliche Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß die Verteilung der Schweine durch den freien Handel der ober-schlesischen schwer arbeitenden und minderbezahlten Bevölkerung zugute kommt. Leider müsse Oberschlesien infolge der vorgezeichneten Transportwege auf den Bezug polnischer Schweine verzichten, weil trotz des Preisabfalls die gewünschte Verbilligung nicht erreicht wird. Es wird gefordert, daß auch die Betriebe mit den geringen Schlacht- und Umschlagfrachten berücksichtigt werden. Weiter heißt die Entschließung für die Aufhebung der Bestimmungen aus dem kleinen Grenzverkehr ein.

## Wenn die Parlamente abgedaut werden

Was wurde aus den Diäten des schlesischen Sejm und dem Dispositionsfonds des Sejmarschalls?

Der schlesische Sejm ist bekanntlich entgegen dem Gesetz über ein Jahr lang aufgelöst gewesen und soll nun am 11. Mai wiedergewählt werden. Das Amt des Sejmarschalls, das eigentlich parlamentarischer Natur entsetzt bis zur Neuwahl weiterlaufen dürfte, wurde auch abgebaut und übrig blieben — die im Budget vorgesehenen Abgeordneten diäten, sowie der ebenfalls im Etat festgelegte Dispositionsfonds des Sejmarschalls. Im schlesischen Sejm saßen 48 Sejmabgeordnete; auf jeden Abgeordneten entfielen monatlich ungefähr 1000 Zloty oder 48 000 Zloty im Monat oder 576 000 Zloty jährlich. Hierzu kommt noch der Dispositionsfonds des Sejmarschalls von 100 000 Zloty, macht zusammen 676 000 Zloty aus. Dieser Betrag war in dem schlesischen Budget ausgeworfen, da der Sejm aufgelöst war, hätte er aber als Nebenbeschluß verbleiben müssen.

Aber über solche demokratische Zwirnspäden stolpert Herr Grajan, der Wojewode von Bilzidski Gnaden nicht. Er veranlaßte den Wojewodschafsrat einfach, über diese Summen zu verfügen. Und er verfügte, kaufte ein großes Haus in Katowitz, in dem die vorgegebene Kommunalbank untergebracht werden soll. Damit waren die Diäten erledigt. Es heißt der Dispositionsstand des Sejmarschalls. Höfe Jungen behaupten, daß mit ihm die geliebte „Gewerkschaft“ Generalina Federacja Pracj Subventioniert wird. Die schlesische Presse appellierte an den Wojewodschafsrat der Sache nachzugehen und festzustellen, was mit dem Gelde geschehen ist. Tatsächlich hat der Wojewodschafsrat den Wojewoden in seiner letzten Sitzung wegen dem Dispositionsfonds des Sejmarschalls interpelliert, aber keine klare Antwort erhalten. Der Wojewodschafsrat konnte nur feststellen, daß ein erheblicher Teil des Dispositionsfonds verausgabt wurde.

Deis. Antisemitische Judenschmuggler. Unter der Anklage des Menschenhandels standen der Schmiedemeister Jolka und der Kaufmann Gelnig dieser Tage vor der Großen Strafkammer in Deis. Jolka will in den fremden, gedrohen deutschsprechenden jungen Männern keine Ausländer vermutet haben. Auch der Schmiedemeister Jolka bestritt, die fremden Fahrgäste, trotz ihres typischen jüdischen Aussehens, als Ausländer erkannt zu haben und bekannte im übrigen fanatischer Antisemit und ein „nationaler“ Mann zu sein. — Merkwürdig, daß alle Antisemiten so einen schlechten Riecher haben wenn sie wirklich Juden begegnen — und von ihnen verdienen können.

Schweidnitz. Schwere Verkehrsunfall. Der Ober-gereichte Schnunk's sauste auf seinem Motorrad an der Ecke Ritter- und Taschenstraße mit voller Wucht gegen das Hinterrad eines Postwagenanhängers. Sch. schlug dabei mit solcher Gewalt an die Seitenwand des Wagens, daß er mit schweren Verletzungen demütlos vom Rade stürzte. In bedenklichem Zustande wurde er ins Krankenhaus gefahren. Sein Sozialsicherer kam mit leichten Verletzungen davon. Das Motorrad wurde vollständig zerstört.

Waldenburg. Pathologischer Erregungszustand. Nach dem Hillebrand-Prozeß wuzten die offenbar noch immer unter dem hypnotischen Einfluß Hillebrands stehenden Zeugen Maria und Rudolf Müller ihre in Waldenburg lebenden Ge-

schwister und Eltern zu mißhandeln. Die Ausschreitungen wurden so heftig, daß das Leberfallkommando der Schutzpolizei alarmiert und die beiden in Schutzhaft genommen werden mußten.

Wagnitz. Ein „schweres Mädchen“ ist die 19. Mai von bestrafte Schneiderin Wigg, die nicht weniger als 12½ Jahre hinter Gefängnismauern zugebracht hat und nun neuerdings wegen eines über 7 Jahre zurückliegenden Diebstahls vor dem Wagnitzer Schöffengericht stand. Die Aufklärung dieses Verbrechens dauerte so lange, weil sie sich von 1922 an einen falschen Namen bediente, um im Bedarfsfall nicht wegen ihrer hohen Verurteilung so hoch bestraft zu werden. Sie erreichte auch, daß sie unter dem falschen Namen wegen verschiedener Vergehen milde bestraft wurde. Nun hatte sie sich wegen eines Diebstahls an einer Woll- zu verantworten, die sie 1922 nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthaus aufgenommen hatte und der sie alle möglichen Gegenstände und Bargeld stahl. Sie erhielt neuerdings 2 Jahre Zuchthaus — ein verlorenes Leben.

Kattowitz. Der Presse-Maulkorb. Die Dienstag-Ausgabe der „Polonia“ ist wegen eines Artikels über den Ministerpräsidenten Bartel beschlagnahmt worden.

## Aus der Umgebung

### Herr Lehrer Marquardt

aus Zindel meint, es sei alles Lüge, was wir andeutungsweise am 11. März aus Zindel berichteten. Vielleicht ergänzt Herr Marquardt seine Ansprachen in der Klasse, indem er uns auf folgende Fragen Antwort gibt:

Ist es wahr, daß Sie für schlechte Leistungen mit Entziehung der Partien, mit Schlägen — wobei sich die Züchtigten in eine besondere, etwas merkwürdige Stellung bringen müssen — mit Verbot und mit Arrest bestrafen; ist es wahr, Herr Lehrer, daß ein in Arrest befohlener Junge am Vormittag von 10 Uhr früh bis 15 Uhr nachmittags in der Schule geübt wurde, daß die Kinder während der Partien nicht in der Schulhof dürfen, sondern sich auf der Straße aufhalten?

Ist es wahr, Herr Lehrer, daß Sie im Jahre 1927 einen siebenjährigen Jungen solange züchtigten, bis er vom Stuhl fiel und den Boden benetzte, daß Sie dann das unglückliche Kind zwangen, den Boden aufzuwischen und sich den Lappen einzustücken?

Die Beantwortung dieser Fragen wären auch in Ihrer Interesse, Herr Lehrer, sehr wünschenswert.

### Eine kräftige „Aussprache“

Als Anfang Oktober 1925 der jetzt 28 Jahre alte Obermeister Ernst Adler nach Linz kam, wurde ihm erzählt, daß der Schweizer Beinlich ein rabinder Mensch sei, der gegen Schlägereien herbeiführt. Adler beschloß, sich bald mit Beinlich „auszusprechen“. Er ging am Abend ins Gasthaus, wo die beiden feindlichen Parteien der in zwei Lager gespaltenen Schweizer Arbeiter des Dominiums anwesend waren. Sofort trat er auf Beinlich zu und sprach sich mit ihm aus, indem er ihm einigemal ins Gesicht schlug, so daß Beinlich blutete und zu Boden stürzte. Beinlich holte sich nun den Schweizer Paul Wolch als Hilfe, der sich eine Eisenkette mitbrachte. Adler wollte nochmals auf Beinlich stürzen wurde aber zurückgehalten. Nun der Schweizer Wilhelm Tichmann den Streit löschte, nahm Protokoll die mitgebrachte Eisenkette und ließ die völlig unbeteiligten Tichmann damit derartig über den Kopf, daß er an den Folgen des Schläges verstarb.

Proß wurde im Oktober 1926 vom Schwurgericht wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Adler, der den ganzen Streit mit seinen schweren Folgen heraufbeschworen hatte, stand nun dieser Tage vor dem erweiterten Schöffengericht in Breslau, um sich wegen schwerer Körperverletzung und Kaufhandels zu verantworten. Er wurde aus der Straffhaft vorgeführt, denn er verbüßt zurzeit eine Strafe wegen Verleitung zum Meineid. In Anbetracht dessen, daß er den Anlaß zu jener Kauferei gab, der dem Schweizer Tichmann das Leben kostete, verurteilte ihn das Gericht auf acht Monaten Gefängnis.

### Freitod im Walde

Geführt wurde im Walde des Dominiums Jäschka ein Kadfahrer, dessen Personalakt noch nicht ermittelt werden erhängt aufgefunden. Der Tote ist 1,72 bis 1,75 Meter groß und war mit einer graugrünen Hose, schwarzer Strickjacke, grauem Jackett, grauer Schirmmütze und schwarzen Schuhen bekleidet.

Kattowitz. Gegen die Nazi. Am Dienstag fand bei Gürtler eine gut besuchte öffentliche Versammlung gegen die Nazi statt. Der Redner, Genosse Schiffer, setzte sich mit dem Programm der Nazi auseinander. Natürlich war auch ein Stoßtrupp der Nazi aus Breslau erschienen, um die Versammlung zu sprengen, was ihnen aber nicht gelang. Die Arbeiterklasse von Kattowitz lehnt das „Dritte Reich“ der Nazi ab. Sie erstrebt die Befreiung der Arbeiterklasse in der Verwirklichung des Sozialismus.

Rettenbors-Hartlieb. Arbeiter-Rab- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Sonnabend, den 22. März, 20 Uhr, bei Rettenbors, Mitglieder-Versammlung.

Kobornitz. Rapp-Wulfs-Gedenkfeier. Am Sonntag am 23. März, findet in Jäschka um 19 Uhr, im Gasthaus „Gänsele“ ein proletarisches Bildungs- und Unterhaltungsgesellschaft. Als Festredner war Genosse Herbert Döberl von Breslau gewonnen worden. Genosse Döberl rief in seinen Ausführungen den Anwesenden die Geschichtlichkeit des vor zehn Jahren von Rapp, Wulfs und Genossen ausgeführten Staatsstreikes mit seinen Folgen und Auswirkungen in Erinnerung. Besonders belobte die Worte des Referenten. Die anschließenden lebhaften Gruppenbilder, sowie die turnerischen Vorführungen der Arbeiterportier trugen zur Verschönerung des Programms bei. Der Erfolg der Veranstaltung war zufriedenstellend, was für die Befreiung der Arbeiterklasse ein Besterer sein. Allen denen, die zur Verschönerung des Programms beigetragen haben sei an dieser Stelle gedankt.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartnhaus (Neubau), Zimmer 170-171  
Telephon 59060, 59061  
Gebäude von 8-17 und 16-19 Uhr

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land, Nord-Ost. Am Sonntag, den 23. März, findet in Jäschka um 19 Uhr, im Gasthaus „Gänsele“ ein proletarisches Bildungs- und Unterhaltungsgesellschaft statt. Das reichhaltige Programm bringt Theater, Musik, Vorträge, Volkstänze der SWJ, Jäschka und Breslau. Als Redner erscheinen Genosse Reinert und Genosse Korn. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebittet.  
Waldenburg. Sonnabend, den 22. März, 20 Uhr, bei Waldenburg, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Franke, Waldenburg.

Waldenburg. Sonnabend, den 22. März, 20 Uhr, bei Waldenburg, Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Schiffer, Waldenburg.

Waldenburg. Sonnabend, den 22. März, 20 Uhr, bei Waldenburg, Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Schiffer, Waldenburg.



## Springfield gegen Indianapolis

### Konflikt im amerikanischen Grubenarbeiterverband

In der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gärt es. Der Fortschritt der Fortschrittler in der Regierung ist ein Zeichen dafür. Die große Organisationskampagne im Süden ist ein weiteres Symptom, denn sie zeigt, daß in der amerikanischen Arbeiterbewegung immer stärker das Bedürfnis nach Aktivität sich geltend macht. Der seit langem unterirdisch schwelende Konflikt innerhalb des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes ist nunmehr zu einer offenen Revolte gegen den bisherigen Führer geworden. Der Organisationskonflikt der Bergleute rührt an die Grundfesten, und von seinem Ausgang wird es abhängen, ob die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ein neues Gesicht erhält, ob die vorwärtsdrängenden Elemente sich durchsetzen und der Bewegung neuen Elan und Erfolg bringen.

Im Konflikt des Grubenarbeiterverbandes stehen auf der einen Seite die Kohlenarbeitergewerkschaften des Staates Illinois, auf der anderen Seite steht der Verbandpräsident John L. Lewis. Die Exekutive der Bergleute des Staates Illinois hat sich mit einem Aufruf an die gesamte Grubenarbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas gewandt, worin eine grundsätzliche Reorganisation des Verbandes verlangt wird. Gleichzeitig wurden alle Ortsgruppen aufgefordert, Delegierte zu dem von den Illinoiser Reformern einberufenen nationalen Bergarbeiterkongress in Springfield zu entsenden. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, hat die Einladung zur Tagung in Springfield abgelehnt, dagegen eine für Indianapolis, wo die reguläre Zusammenkunft unter Lewis stattfindet, angenommen.

Bei dem Konflikt handelt es sich nicht um eine Kraftprobe zwischen radikalen Draufgängern und Gemäßigten. Die Führer der Grubenarbeiter von Illinois sind keine radikalen Heißsporne, sie betreiben in der American Federation of Labor angelegene Stellungen. Sie betrachten die sozialen und gewerkschaftlichen Fragen mit klarem Blick, aber eben deswegen sind sie für eine Kursänderung im Grubenarbeiterverband, der in den letzten Jahren ausnehmend zu einem Spielball selbstherrlicher Elemente geworden ist. Die Geschichte des Konflikts ist die Geschichte des Verfalls des Verbandes, an dessen Spitze seit 1919 John L. Lewis steht. Als er die Präsidentschaft antrat, verfügte der Verband über mehr als 500 000 Mitglieder. Alle wichtigen amerikanischen und kanadischen Kohlenbistritze standen unter Verbandskontrolle. Die Finanzlage des Verbandes war glänzend — kurz, der Grubenarbeiterverband war der Stolz der Arbeiterbewegung in USA. Und heute? Von den 170 000 Weich-

loshenarbeitern des Beckens Pennsylvanias sollen nur noch 1800 dem Verbande angehören. In Ohio ist die Zahl der Mitglieder von 40 000 auf knapp 1000 heruntergegangen. Die Weichloshenbistritze von Arkansas, Oklahoma und Texas sind völlig verloren gegangen, Iowa, Kansas, Colorado und die Distrikte im fernen Westen sind organisatorisch bis auf den Grund erschüttert. Die Grubenarbeiterorganisationen in Kentucky, West-Virginia, Alabama und Tennessee sind tot, ihre Arbeiterschaft ist dem Diktat der Kohlenbarone unterworfen. Nur die Organisationen von Indiana und Illinois haben sich behauptet. Mit ihren 84 000 Mitgliedern umfassen sie heute etwa zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes in USA und Kanada.

Woher diese fürchterliche Wandlung? Zweifellos haben hier nicht nur persönliche Fehler, sondern auch starke wirtschaftliche Momente mitspielt. Der amerikanische Weichloshenbergbau macht seit dem Jahre 1922 eine Krise nach der anderen durch. Die amerikanische Bergbaukrise gibt an Intensität der englischen nicht viel nach. Das alles schafft aber doch nicht die Tatsache aus der Welt, daß eine starke und selbstbewußte Gewerkschaftsbewegung zugrunde gerichtet worden ist, die lange Zeit für die amerikanische Arbeiterschaft ein Vorbild war. Schwere Fehler der Führung liegen unzweifelhaft vor, denn ganze Gruppen, die sich erlaubten, eine andere Meinung als die der Verbandsleitung zu haben, sind zerstört worden. Den Diktator-Mittlern wurde nach der Darstellung der Fortschrittler die Krone aufgesetzt, als die Lewis-Leitung daran ging, sich der Organisationen von Illinois zu bemächtigen, sie durch Schikanen und Strafmassnahmen geistig zu machen, die widerstrebenden Elemente an die Luft zu jagen und Kreaturen in deren Posten zu bringen. Lewis, dem die Autonomie des Distrikts, der finanziell noch gesund ist, ein Dorn im Auge gewesen sei, habe versucht, im Widerspruch zu den Verbandsstatuten in Illinois einzudringen. Er habe damit die Existenz des Distrikts und damit auch die des Verbandes aufs Spiel gesetzt. Daher schließlich die offene Revolte gegen den allmächtigen Verbandspräsidenten.

Wie die Kraftprobe ausgehen wird, ist im Augenblick trotz der Absage Greens an Springfield noch ungewiß. Jedenfalls geht es um Leben und Tod des Verbandes. Schon liegen die Unternehmern auf der Lauer, um eventuell dem sterbenden Löwen einen Fußtritt zu geben. Daß die Kommunisten sich in den Kampf einzumischen versuchen, verheißt nicht von selbst. Bezeichnenderweise stehen sie auf der Seite der Lewis-Autokratie und gegen die Fortschrittler, weil sie keine Gefundung wollen.

In der Eisenindustrie arbeitslos. Außerdem steht, wie der Verband der ungelernten Arbeiter dem Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, ein Streik von 18 000 Arbeitern vor der Tür.

## Krankenzwangversicherung in Holland

In Holland ist mit Beginn des März das im Juni des vergangenen Jahres angenommene Gesetz über die Krankenzwangversicherung in Kraft getreten. Es umfaßt alle Lohnempfänger, deren Jahreseinkommen 1000 Gulden nicht übersteigt. Als Leistungen sind nur Vorleistungen vorgezogen, abgesehen von der den weiblichen Verdienenden zugesicherten Arzt- und Hebammenhilfe im Falle der Niederkunft. Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit wird vom dritten Tag an ein tägliches Krankengeld in Höhe von 80 Prozent des Tageslohnes gewährt. Verheiratete weibliche Verdienende erhalten bei Schwangerschaft sechs Wochen vor und nach der Niederkunft bis zu höchstens sechs Monaten nach der Niederkunft ein tägliches Krankengeld in Höhe des ganzen Tageslohnes. Die Dauer der Krankengeldgewährung kann auf zwölf Monate verlängert und auch auf die Sonntage erstreckt werden. Die Versicherungsmittel werden zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht. Es sind zwei Arten von Versicherungsträgern vorgezogen: Berufsvereine und Bezirksklassen.

## Arbeiterratwahlen bei der Breslauer Straßenbahn

### Die Kommunisten abgehängt

Das technische Personal der Straßenbahn hat am 13. 14. und 15. März 1930 in den einzelnen Werkstätten die Wahlen zum Arbeiterrat vorgenommen. Die Kommunisten hatten zu diesem Zweck den sogenannten "Roten Straßenbahner" herstellen lassen, in welchem die schmächtigsten Herabsetzungen der Gewerkschaftsfunktionäre zu verzeichnen waren. Es wurde aufgefordert, keinen Anhänger der unternehmerrechtlichen Gewerkschaftsbürokratie zum Betriebsrat zu wählen, sondern nur einzig und allein die auf der gewerkschaftlichen Oppositionsliste stehenden. Daß diese Oppositionellen die richtigen Vertreter der Arbeiter sind, hatten sie noch ein paar Tage vorher in einer Arbeiterratsitzung bewiesen, als über einen Vorschlag der Direktion beraten wurde, in welchem laut Arbeitsverordnung darauf hingewiesen wurde, daß während der Arbeitszeit keine Gewerkschaftsbeiträge eingezogen werden dürften. Mit einem Mal war diesen Leuten das Herz in die Hose gerutscht und sie erklärten, daß dann die Gewerkschaft nicht weiter aufrecht erhalten werden könnte, wenn sie nicht in der Lage sei, ein derartiges Verbot vom Magistrat zurückziehen zu lassen. So sehen diese Ritter von der kurzigen Gestalt aus. Daß diese Worthelden von der Belegschaft in den vorangegangenen Jahren erkannt worden sind, ersieht man namentlich aus dem Wahlergebnis. Bisher hatten sie im Arbeiterrat 8 Vertreter, während von den sozialdemokratisch orientierten Vertrauensleuten nur 2 darin saßen. Auf Geheiß der kommunistischen Partei, die die große Fähigkeit hat, sich aus allen Organisationen heraus zu mandrieren, wurde deren Vertrauensleuten befohlen, eine eigene Liste aufzustellen, und das Fazit daraus ist eine schwere Niederlage, wie weiter der Erfolg, daß nunmehr auch ein christlicher Vertreter im Arbeiterrat sitzt. Für die Gewerkschaftsliste wurden abgegeben 554 Stimmen, für die Oppositionsliste 205 Stimmen, für die christliche Liste 83 Stimmen, so daß auf die Gewerkschaftsliste 7 Sitze, auf die Oppositionsliste 2 Sitze und auf die christliche Liste 1 Sitz entfallen und die freigewerkschaftliche die Majorität im Arbeiterrat hat.

Bezeichnend für die Einstellung der sogenannten Oppositionellen ist es, daß man 3 Unorganisierte mit auf die Liste übernommen hat, die also wohl den organisierten Arbeitern als Vorbild dienen sollen, und daß der Listenvertreter ebenfalls ein Unorganisierter war.

Man sieht also, wohin der Weg der kommunistischen Gewerkschaftszentrale unter ihrem Meister führt, der ja auch aus dem gelben Lager hervorgegangen ist. Daß dieser Mann und die kommunistische Partei von den Kapitalisten sehr hoch geachtet werden, ersehen wir aus einem Bericht der „Berliner Börsenzeitung“, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Kommunisten die Aufgabe haben, als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften zu wirken. Also höchste Anerkennung für diese Unternehmerruppe. Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs wird daher mit diesen Gewerkschaftszersplitterern Fraktur reden müssen und sie aus der Organisation ausschließen, weil er derartige Personen nicht in seinen Reihen dulden kann, da sie die kommunistische Zersplitterungsdisziplin höher achten als gewerkschaftliche Aufbauarbeit. Die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute werden in diesem Jahr der Belegschaft beweisen, daß ihre Arbeit im Interesse der gesamten Belegschaft liegt, und daß von den Kommunisten bisher nur Pfaffen gedroschen wurden, womit aber der Arbeiterschaft nicht geholfen wird.

Der zweite ordentliche Verbandstag der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ist vom Verbandsvorsitzenden zum 7. September nach Hamburg (Gewerkschaftshaus) einberufen worden.

## Lohnverhandlungen im Baugewerbe Schlesiens

In den letzten Tagen haben für die Verbandsbezirke des schlesischen Provinzialarbeitgeberverbandes Breslau sowie des westschlesischen Baugewerksverbandes G. O. R. S. die Niederschlesischen Arbeitgeberverbände Grünberg und des Oberschlesischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Lohnverhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen stellen die Unternehmer einen Abbau, der sich im Breslauer Arbeitgeberverbandsbezirk auf 17 bis 24 Pf. beläuft, für den Westniederschlesischen Bezirk betrug der Lohnabbau 8 bis 16 Pf. für den Grünberger Bezirk 3 bis 14 Pf. und für den ober-schlesischen Bezirk 14 bis 17 Pf. Der schlesische Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ging darüber noch hinaus und forderte außerdem noch eine Lohnklassenverschiebung zu Ungunsten der Arbeiter, so daß über den Lohnabbau eine nochmalige Verbilligung stattfinden würde.

Dem Stand in den mittel- und niederschlesischen Gebieten eine Lohnforderung der Bauarbeiter von 10 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverlängerung von 48 auf 50 Stunden pro Woche gegenüber. In Oberschlesien betrug in den einzelnen Gebieten eine Forderung 10 bis 15 Pf. Erhöhung die Stunde und eine Arbeitszeitverlängerung von 48 auf 45 Stunden.

Zwischen haben sich die Tarifämter in erster Instanz mit den Anträgen beschäftigt, und es wurde in Oberschlesien ein Spruch mit den Stimmen der Arbeitgeber gefällt, der dahin geht, daß in Ostschlesien ein Lohnabbau von 5 Pf., in den übrigen Ostschlesien von 4 Pf. zu verzeichnen ist. Für Mittel- und Niederschlesien fällt das Tarifamt einen Spruch für Stillstand der Löhne. Arbeitszeitverlängerungen wurden in Ober- sowie in ganz Niederschlesien abgelehnt.

In der nächsten Woche wird sich das verstärkte Tarifamt nochmals mit diesen Dingen zu beschäftigen haben, und wie bei der Faltung der Unternehmer vorauszu sehen ist, auch das Haupttarifamt.

Bei den Parteiverhandlungen wurden von Unternehmern die Begründungen sehr lag und kurz gegeben. In Oberschlesien gebrauchte der Vorsitzende zur Begründung seiner Abbauforderungen nur zwei Minuten. Er sagte wörtlich: „Was soll man viel dazu sagen, es ist eigentlich nichts zu sagen.“ Erst durch das Beweismaterial der Arbeitervertreter, die durch Statistiken der Reichsstatistik bewiesen, daß die Löhne der Arbeiterschaft (besonders der Baugewerks) im Jahre 1929 entsprechend der Statistik gefallen sind, wurden die Unternehmer und ihre Vertreter gedrängt, bei den Tarifamtstungen einiges nicht schlüssiges Material vorzutragen. Auf die Frage der Arbeitervertreter, wie sie den Lohnabbau mit Preisentlung gleichstellen wollten, erwiderten uns die Herren, daß sie leider nicht in der Lage wären, die Preise der Verbrauchsartikel sowie die der Bauprodukte senken zu können.

Aus dieser Beweisführung geht hervor, daß sich die Herren die Finanzierung der Bauwirtschaft sehr leicht machen und einfach die Löhne herabsetzen möchten. Wir müssen sagen, daß diese Art der Geschäftsführung die heftigste ist, im Gegensatz zu anderen Unternehmungen — besonders des Auslandes — die selbstredend sind, durch Umstellung ihres Geschäftes den Wettbewerb aufnehmen zu können.

Unsere Kollegen aber rufen wir zu, sich noch mehr als je im Deutschen Baugewerksbund zu organisieren und nicht nur das, sondern in der Organisation jeder an seinem Platz Mitarbeit zu leisten. Nur so werden wir Bauarbeiter in der Lage sein, die Forderungen der Unternehmer abzuwehren und darüber hinaus Lohnerhöhungen durchzusetzen.

## 50 000 Haushaltunterstützungsempfänger weniger

In der Berichtswache vom 10.—15. März ging die Zahl der Haushaltunterstützungsempfänger um rund 50 000 auf 2 512 000 Personen zurück. Damit haben sich die Hauptunterstützungsempfänger in der ersten Hälfte des März um 85 000 Personen verringert.

In der gleichen Zeit des vergangenen Jahres wuchs sich die Zahl der Haushaltunterstützungsempfänger um 120 000 Personen an.

## Schiedspruch für die technischen Angestellten im Ruhrbergbau

### Essen, 19. März.

Die Verhandlungen um das Mehrabkommen für die technischen Angestellten im Ruhrbergbau sind gescheitert. Die Angestellten hatten eine höhere Bezahlung der Über- und Sonntagsarbeit gefordert. Der Zehnerverband hatte die Verlängerung des zurzeit bestehenden Mehrarbeitsabkommens beantragt. Der hierauf vom Schlichter gefällte Schiedspruch sieht die Verlängerung der jetzt gültigen Regelung bis zum 28. Februar 1931 unfindbar vor. Es ist damit zu rechnen, daß die Angestellten den Spruch ablehnen werden, während der Zehnerverband ihn annehmen oder seine Verbindlichkeitserklärung beantragen wird.

## Streik in der Kopenhagener Eisenindustrie

### Kopenhagen, 19. März. (Eigener Drahtbericht.)

In der Eisenindustrie sind 3000 Arbeiterinnen in den USA und getreten, nachdem sie den von dem offiziellen Schiedsrichter vorgelegten Vermittlungsvorschlag, der nur geringe Erhöhungen des Minimumlohnes vorsieht, abgelehnt hatten. Durch den Streik werden auch 3000 männliche ungelernete Arbeiter

## Rechtsseite der Erwerbslosen

### Zur Anrechnung der Renten auf die Unter- und Arbeitslosenversicherung

Nach § 112 a Absatz 2 Nr. 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind von den im § 112 a Absatz 1 Nr. 2 genannten Renten diejenigen von der Anrechnung auf Arbeitslosenunterstützung ausgenommen, die auf einer Kriegsbeschädigung beruhen. Wie der Begründung zum Entwurf der Novelle vom 12. Oktober 1929 zu entnehmen ist, hielt die Reichsregierung diese Ausnahmsvorschrift für geboten angesichts der besonderen Verpflichtungen, die den Kriegsoffizieren gegenüber bestehen. Der Reichstag hat die fragliche Vorschrift aus dem Entwurf un verändert in das Gesetz übernommen. Damit hat er hinreichend deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er, ebenso wie die Regierung, keinen Unterschied zwischen den Beschäftigtenrenten und den Hinterbliebenenrenten gemacht wissen wollte. Dies bricht der Wortlaut der genannten Gesetzesbestimmung auch deutlich aus: „Bei den Rentenberechtigten Kriegsbeschädigten ist die Kriegsbeschädigung die der Grund der Zulassungsberechtigung bildet, der durch den Krieg verursachte Tod der Verdienenden. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß unter Renten, die auf einer Kriegsbeschädigung beruhen, auch die Renten der Hinterbliebenenrenten mit zu verstehen sind.“

Von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung sind weiter die Zulagenrenten nach dem Reichsversicherungsgegesetz ausgenommen. In der Praxis wird fast immer die Zulagenrente neben der Rente nach dem Reichsversicherungsgegesetz gewährt. Jedoch ein solcher Rentenempfänger zuzurechnen auf Arbeitslosenunterstützung, so bleibt die Zulagenrente auf jeden Fall völlig anrechnungsfrei, gleichviel, wie hoch sie ist. Fraglich kann nur sein, was von der anderen Rente anrechnungsfrei ist. Auf diese Frage — soweit es sich nicht um Renten handelt, die auf einer Kriegsbeschädigung beruhen — ist nun die Höhe der Zulagenrente von Belang. Beträgt nämlich die Zulagenrente weniger als 30 Mark im Monat, so kommt der an 300 Mark fehlende Betrag der anderen Rente zugute, d. h. in Höhe dieses Unter-schiedsbetrages ist auch die andere Rente anrechnungsfrei. Beträgt dagegen die Zulagenrente 30 Mark oder mehr, so ist die andere Rente voll auf die Unterstützung anzurechnen.

## Spruchsenat-Entscheidungen

Nimmt ein Arbeitsloser ein Arbeitsangebot unter Ermittlung, Einverständigen oder sonstigen Änderungen an, so gilt dies als Ablehnung des Angebots. (III a Nr. 7429.)

Eine Ablehnung angebotener Arbeit wegen nicht hinreichender Sicherung der Verpflegung der Angehörigen gemäß § 90 Abs. 2 Nr. 5 ArbZG wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die angebotene Arbeit am Wohnort des Arbeitslosen zu verrichten wäre.

Ein Arbeitsloser, der gegen Entziehung der Arbeitslosenunterstützung das Rechtsmittelverfahren betreibt, unterliegt auch während dieses Verfahrens der Weisung nach § 173 ArbZG, so daß die Folge des § 114 ArbZG schon für diese Zeit eintritt, wenn er rückwirkend im Rechtsmittelverfahren die Arbeitslosenunterstützung angefordert erhält. (II a Nr. 2268.)



# Ein meineidiger Staatsanwalt?

## Der dritte Jakubowski-Prozess — Die Anklagebehörde hält Jakubowski für unschuldig Das Lügen ist des Müllers Lust

Vor dem Landgericht in Neustrelitz beginnt Ende März wieder eine Verhandlung über den an dem kleinen Ewald Rogens am 9. November 1924 begangenen Mord. Zu der Verhandlung, die zum Teil in der Aula in Schönberg im Landkreis Rügen, zum Teil im Schloss zu Neustrelitz stattfinden wird, sind über hundert Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hoff, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Dr. Meber. Als Nebenkläger ist die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ in der Person von Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt zugelassen, während die Angeklagten August und Fritz Rogens und Frau Köhler von Neustrelitz Anwälten verteidigt werden.

Da das Schwurgerichtsurteil vom 17. Juni 1929 zu der Frage von Jakubowskis Schuld oder Unschuld keine klare Stellung genommen hat, wurde die Revision vom Reichsgericht zugelassen. August Rogens ist wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem kleinen Ewald Rogens zum Tode verurteilt worden. Das Reichsgericht erachtete es deshalb für notwendig, den Mörder von August Rogens festzustellen. Tatsächlich hat auch das Schwurgericht erhebliche Zweifel an der Schuld Jakubowskis ausgesprochen und betont, daß die Rolle, die Jakubowski nach Aussagen der Angeklagten gespielt haben soll, auch ein anderer, z. B. der noch heute schwer verdächtige Paul Kreuzfeld gespielt haben kann. Es wird also in der neuen Verhandlung nochmals mit aller Leidenschaft der Kampf um die Unschuld Jakubowskis entbrannt.

Die Oberstaatsanwaltschaft vertritt auf Grund der neuesten Untersuchungsberichte den Standpunkt, daß an Jakubowski Unschuld nicht zu zweifeln sei und diese Feststellung unangreifbar wäre, wenn der damalige Oberstaatsanwalt Müller nicht die sorgfältigen Ermittlungen des Regierungsrates Steding durch die Haftentlassung der Schwerverdächtigten und jeglichen Angeklagten vernichtet gemacht hätte.

Oberstaatsanwalt Müller wird sich, wie aus einem Beleidigungsprozeß, den die „Liga für Menschenrechte“ kürzlich gegen die deutsch-nationale „Mecklenburger Rundschau“ führte, hervorgeht, den Vorwurf eines Meineides gefallen lassen müssen. Aus dem stenographischen Protokoll, das von der vorjährigen Verhandlung vorliegt, ist ersichtlich, daß Oberstaatsanwalt Müller auf die Fragen des Rechtsanwalts Dr. Arthur Brandt nach anfänglichem Leugnen zugegeben hat, in die viel besprochene Unterredung mit dem Landgerichtspräsidenten von Buchta und dem jetzigen Rechtsanwalt Hustedt, welche der Haftentlassung der jetzigen Angeklagten vorausging, sogenannte Konzeptsnotizen für einen Antrag auf Voruntersuchung mitgebracht zu haben. Diese Notizen hat Müller, wie er aus sagte, nach dieser Unterredung zerissen. In dem Beleidigungsverfahren gegen die „Mecklenburger Rundschau“ hat aber Müller unter seinem Eide erklärt, daß überhaupt ein solcher Antrag auf Voruntersuchung nicht existiert. Dieser Tatbestand wird in dem kommenden Verfahren geklärt werden müssen. Außerdem wird sowohl die Rolle von Paul Kreuzfeld wie die von Fritz Rogens noch des näheren zu beleuchten sein. Wenn das Gericht dem Revisionsurteil entsprechend, nicht den Mörder von August Rogens festzustellen vermag, so besteht die Möglichkeit, daß aus juristischen Gründen die jetzigen Angeklagten freigesprochen werden. Dieser Freispruch, der nur ein Freispruch mangels Beweises sein kann, würde naturgemäß auch ein Freispruch des toten Josef Jakubowski und damit die juristische Beurteilung der Todesstrafe sein.

## Großer Versicherungsbetrug in Memel

Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, wurde der Lehrer Kajimir Natulaitis, der am litauischen Gymnasium in Memel unterrichtete, unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges festgenommen. Er hatte, ohne daß seine Frau es wußte, sie bei vier deutschen Lebensversicherungen mit etwa 275 000 Mark versichert. Er hatte die notwendigen Geschäftshandlungen nicht in Memel, sondern in Orten des Memelgebietes vorgenommen, wo er nicht bekannt war, und dabei eine mehrfach vorbestrafte Schneiderin Schlessner als seine Frau vorgekehrt, die auch die Unterschriften für seine Frau gab. Kurz nachdem die ersten Prämien an die Gesellschaften gezahlt werden waren, starb plötzlich die Ehefrau des Natulaitis, und zwar am 28. Februar d. Js. Die Auszahlung der einzelnen Versicherungssummen stand bevor, als der Memeler Vertreter der Thuna bei einem Gespräch mit einem Memeler Arzt ganz zufällig feststellte, daß nicht nur bei der Thuna, sondern auch bei anderen Gesellschaften eine Versicherung abgeschlossen war. Schlag auf Schlag erfolgte nun die Aufdeckung des Betruges. Die Prämien, die Natulaitis für die in betrügerischer Absicht geschlossenen Versicherungen hätte zahlen müssen, waren mehr als doppelt so hoch, wie sein Gehalt. Natulaitis und die Schlessner, die getrennt auch verhaftet wurde, bestreiten jede Schuld an dem plötzlichen Tod der Frau Natulaitis. Sie geben nur den Versicherungsbetrug zu.

## Dauertrach im Mordmordprozess

Bei den weiteren Zeugenvernehmungen im Dsnabrücker Mordprozess, in dem entschieden werden soll, ob Hermann von Dielingen die Dienstmagd Emma Hoge ermordet hat oder nicht, verwirren dauernde Widersprüche das Bild mehr und mehr. Die Beweisaufnahme dehnt sich immer weiter aus, fortgesetzt werden neue Zeugen herangezogen, steigende Nervosität im Gerichtssaal führt fortwährend Zusammenstöße zwischen den Prozessparteien herbei. Am Dienstagabend hat der frühere Mitgefangene von Dielingens, der Zeuge Henseker, erklärt, daß er und der Mitgefangene Meyer von Dielingen bearbeitet und ihm alle Einzelheiten des Geschehens eingepfist hätten. In der Mittwoch-Verhandlung erklärt der Zeuge wiederum, daß er sich an Einzelheiten nicht mehr erinnern könnte. Zu dauernden Zusammenstößen zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger sowie zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kommt es, wie Kriminalkommissar Oldigs, der seinerzeit die Ermittlungen gegen den Angeklagten geleitet hat, demonstrieren soll, wie der Angeklagte nach seinen Angaben in der ersten Schwurgerichtsverhandlung die Entschuldigungsvernehmung haben will. Die dem Angeklagten gestellten Fragen werden von allen Seiten beantwortet. Der Angeklagte hatte damals ausgesagt, er habe das

Tuch gefaßt und nur festgehalten, während in das Verhandlungsprotokoll von 1926 geschrieben worden ist, daß von Dielingen das Tuch zugeschnitten habe, was er aber nicht ausgesagt hat und was ihm auch nicht bewiesen werden konnte. Verteidiger Dr. Mendel behauptet in großer Erregung, daß die falsche Feststellung in dem damaligen Urteil getroffen worden wäre, um es revisionsfähiger zu machen. Der Dsnabrücker Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Krenner, weist diesen ungeheuerlichen Vorwurf energisch zurück. Später wirft Dr. Mendel einem Beifitzer, der mit dem Vorsitzenden flüsternde, Voreingenommenheit vor, was gleichfalls als Beleidigung zurückgewiesen wird. Die weiteren Zeugenvernehmungen beschäftigen sich mit den Einstufungen des merkwürdigen Zeugen Meyer. Der damalige Barbier des Untersuchungsgefängnisses in Dsnabrück sagt aus, daß ihm Meyer erzählt habe, daß er tagelang auf Dielingen eingeredet habe, um ihn zu einem Geständnis zu bringen, um selbst aus dem Gefängnis herauszukommen. Auch der Zeuge Kaufmann Willi Vater behauptet, daß Meyer sich ihm gegenüber gebrüht habe, aus Dielingen das Geständnis herausgepreßt zu haben. Schließlich stellt sich der Staatsanwalt aber auf den Standpunkt, daß der Zeuge Vater geisteskrank sei. Nach Gerichtsbeschluss soll nun erst der Dsnabrücker Sachverständige Dr. Schaewitz, über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Vater gehört werden.

## Sozialdemokratischer Abgeordneter von Kommunisten mißhandelt



Der Landtagsabgeordnete Karl Rehbain in Hanau, der im vorigen Jahre nach seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Partei der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages belästert war, wurde bei einem Friedhofsbesuch von kommunistischen Arbeitern angegriffen und durch einen Spatenhieb auf den Kopf schwer verletzt.

## Erste Ausreise der „Europa“

Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd trat um 1 Uhr mittags von Bremerhaven auf seine erste Reise nach New York an. Die zweite Klasse, die dritte Kajüte für Touristen und die dritte Klasse des Schiffes sind ausverkauft, die erste Klasse ist gut besetzt. Außer den fünf Sonderpassagierzügen des „Norddeutschen Lloyd“ verkehrte von Berlin der Norddeutsche mit vollbesetztem Schlafwagen auf direktem Wege über Bremen nach Bremerhaven-Columbuspier.

Der Tag der ersten Ausfahrt der „Europa“ kennzeichnete sich wieder durch riesigen Verkehr in den Unterweserorten. Seit den frühen Morgenstunden kamen Autos um Autos hier an und fuhren zum Kaiserhafen, dicht besetzt mit Leuten, die diesem Ereignis beiwohnen wollten. Vor dem Columbus-Bahnhof standen unübersichtbare Autosolonnen, die, wie die Nummernschilder verriet, aus allen Ecken Deutschlands kamen. Kurz nach 9 Uhr trat der erste Zug mit Passagieren der 3. Klasse für die „Europa“ ein, dem bald darauf ein zweiter folgte. Dann trafen mit dem ebenfalls verkehrenden F.D. Zug Berlin-Bremerhaven Passagiere der 1. Klasse ein. Insgesamt kamen sechs Züge, der letzte um 12.35 Uhr von Bremen ebenfalls mit Passagieren 1. Klasse. An Bord der „Europa“ herrschte ein unbeschreibliches Leben, da die weißen Anstehenden von ihrem Recht, Verwandte mit an Bord zu bringen, Gebrauch machten. Währenddessen hatten die großen Krähne auf der Columbus-Rampe mit erstaunlicher Schnelligkeit die unübersichtliche Gepäckmenge der Passagiere bewältigt. Um 12.50 Uhr wurde der letzte Laufzug eingezogen. Die „Europa“ ließ ihre gewaltigen Dampfpeise ertönen. Die letzten Tröffen wurden losgeworfen und um Punkt 1 Uhr zogen die Achtern das Schiff aus dem Hafen.

## Paul Riesling gestorben

Der Gerichtspräsident Paul Riesling in Dresden, Mitarbeiter mehrerer Zeitungen und Herausgeber einer Korrespondenz, ist im Krankenhaus einem Herzschlag erlegen. Riesling, der schwer herzleidend war, hatte gelegentlich der kommunistischen Demonstrationen am 13. d. Ms., als er sich zum Polizeipräsidium begeben wollte, mehrere Schläge mit dem Gummiknüppel und einen Faustschlag ins Gesicht erhalten. Die Verletzungen führten zu einer Blutvergiftung, deren Folgen Riesling dann erliegen ließ. Die genaue Todesursache wird erst die inwärtigen angeordnete Sektion der Leiche ergeben. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden, um festzustellen, inwieweit Polizeibeamte ihre Befugnis überschritten haben. Die Angelegenheit dürfte nach in der Stadtkonferenzbesprechung und im nächsten Landtag zur Sprache kommen.

## Durch Frau Momm ins Gefängnis

In die Diebstahlsaffäre der Frau Momm spielt, wie der „Vorwärts“ mitteilt, auch der Fall eines Potsdamer Schlägers mit hinein, der auf eine Diebstahlsbeihilfung der Frau Momm vom Potsdamer Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Die Braut des jungen Mannes war bei Frau Dr. Momm als Hausangestellte beschäftigt. Als zu Ende des vorigen Jahres ein größerer Posten Wäsche aus der Wohnung des Regierungspräsidenten verschwand, wurde der Beschäftigte der Hausangestellten, der sie wiederholt in der Dienstadt besucht hatte, dieses Diebstahls bezichtigt. Alle Unschuldbetuerungen des Verdächtigten halfen nicht; er wurde zu Gefängnis verurteilt und mußte die Strafe auch verbüßen. Im Laufe der kriminalpolizeilichen Untersuchung stellte sich aber heraus, daß auch dieser angeblich gestohlene Posten Wäsche von Frau Dr. Momm beiseite geschafft worden ist. Wie es heißt, hat Frau Momm auch diesen „Diebstahl“ der Versicherung angezeigt und dafür eine Entschädigung erhalten. Der seinerzeit unschuldig Verurteilte will jetzt die Hilfe eines Berliner Rechtsanwaltes in Anspruch nehmen, um die Ansprüche gegen den Justiziskus zu stellen, und gleichzeitig völlige Rehabilitierung verlangen. Außerdem will die Braut, die damals sofort entlassen wurde, gegen Frau Momm Beleidigungsklage erheben.

## Das Potsdamer Diebesgut amtlich aufbewahrt

Die Silberstücke, die angeblich aus dem Hause des Regierungspräsidenten von Potsdam, Dr. Momm, entwendet worden, und nach denen zahllose Beamte in Potsdam und im Reich suchten, waren nach den getroffenen Feststellungen in amtlicher Verwahrung. Frau Momm hatte ihr Silber in wohl verpackten und versiegelten Paketen bei der Regierungsschatzkasse deponiert und unter diesen Umständen lagerten auch die angeblich gestohlenen Bestände, weil niemand ein Inventarverzeichnis dieser Depots gefordert hatte. Alles, was angeblich gestohlen worden ist, konnte wieder herbeigeschafft werden und es stellt sich jetzt heraus, daß Frau Momm nichts verkauft hatte. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde die Frau des Regierungspräsidenten Dr. Momm noch mehrere Stunden von dem Kriminalkommissar Nassow vernommen. Möglicherweise nach 11 Uhr, erlitt Frau Momm einen Nervenzusammenbruch, so daß sie nicht mehr in der Lage war, etwas auszulagen. Die Vernehmungen wurden abgebrochen. Irigendwelche Anhaltspunkte dafür, daß Frau Momm Mithäter gehabt hat, haben sich bis jetzt nicht ergeben.

## Unterschleife bei Frankfurter Steuerfahnen

In den Finanzkassen Ost und West der Stadt Frankfurt a. M. wurden Veruntreuungen eines Steuerinspektors bzw. eines Steuersekretärs festgestellt. Im ersten Falle handelt es sich um mehrere tausend Mark, bei der Steuerkasse West um einen betragsmäßig von 30 000 Mark, der sich aber erhöhen kann, da die Käufprüfung noch nicht abgeschlossen worden ist. Beide Kranten sind vom Dienst suspendiert worden.

## Nächtliche Anackerjagd

In der Nacht zum Mittwoch wurden in Berlin nach einer aufregenden Jagd in der Passage Unter den Linden fünf Goldschrankknacker, die sämtlich Mitglieder der berühmten Kolonne Leske sind, verhaftet. Die Einbrecher hatten sich in die im dritten Stockwerk des Hauses Unter den Linden gelegenen Räume der Deutschen Vereins-Film-A.G. eingeschlichen, wo sie in laurer Arbeit einen Geldschrank aufknackten. Obwohl die Anacker die Fenster mit Decken und Mänteln gegen Sicht abgedichtet hatten, wurden sie von dem 71-jährigen Heizer Hermann Müller überrascht. Die Einbrecher überfielen den Greis, schleppten ihn in die Bittorräume, festsetzten und bewachten ihn. Glücklicherweise hatte sich der Heizer aber vorher mit dem Wächter besprochen. Das Ausbleiben des alten Mannes veranlaßte ihn, eine Polizeistreife aufmerksam zu machen. Man vermutete zuerst einen Unfall, wurde aber durch das Belten eines Hundes auf die Einbrecher aufmerksam gemacht. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando fand den gefesselten Heizer auf, er wachte jedoch die Verbrechen erst nach eingehender Grunddurchsuchung mit Scheinwerfern und Blendlaternen. Die Einbrecher hatten sich einzeln in die Räume der Friedrich-Wilhelms-Versicherung versteckt, aber auch dieser symbolhafte Unterschleife sicherte sie nicht vor der Festnahme. Die Knacker wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und vom Dezernat zur Bekämpfung des Goldschrankknacker als alte Bekannte begrüßt.

## Der Petroleumbrand in Rumänien

Zwei Millionen dem, der ihn zu löschen weiß! Die rumänische Petroleum-Gesellschaft Romana A. M. hat zur Lösung der seit zehn Monaten unaufhörlich brennenden Kapthä-Sonde 100 des rumänischen Petroleumzentrums Moreni eine Belohnung von zwei Millionen Lei ausgeschrieben. Die Versuche zahlreicher Sachverständiger aus allen Weltteilen zur Lösung der Sonde waren bisher vergeblich.

## Schneestürme über Schottland

Schottland, Wales und große Teile Englands mit Ausnahme von London wurden am Mittwoch von schweren Schneestürmen heimgesucht, die teilweise die Straßenverkehrs stilllegten. In einigen Teilen des Landes fiel zwei Stunden lang 20 Zentimeter Schnee. Im Vermland konnte der Verkehr nur unter Verwendung von Nebelhörnern und Sirenen mühsam aufrecht erhalten werden.

## 200 Menschen verbrannt

Bei einem Rindbrand in Kirin (Mandschurei) sollen zweihundert Menschen ums Leben gekommen sein. Mit rasender Geschwindigkeit soll das Feuer, das durch eine Explosion verursacht worden ist, um sich gegriffen haben.

## Rauchgift über Amerika

Von hundert Geheimpolizisten ist der französische Dampfer „France“ bei seiner Ankunft im Newporter Hafen in Empfang genommen worden. Nach einer bei den Zollbehörden eingelaufenen Information sollten an Bord nicht weniger als tausend Liter Rauchgas in die deutschen Ursprungsstoffe, die etwa einen Wert von drei Millionen Dollar repräsentieren, das Schiff wurde einen Tag und eine Nacht vergeblich durchsucht. Die Behörden glauben nun an eine Veresung und vermuten ein anderer Dampfer die verbotene Ladung an Bord zu haben. Infolgedessen werden alle in den nächsten acht Tagen an europäische entlaufenden 21 Ozeandampfer aufs schärfste durchsucht werden, wie auch die anderen Atlantik-Häfen entsprechende Inspektionen erhalten. Immerhin ist es möglich, daß die Ladung durch Nebelgase an einen kleineren Dampfer bereits gelangt ist.